

rundschreiben
03/24



medico international



Zwischen den Stüh- len

Autoritäre Wende in Deutschland / Antifaschismus
in Brasilien / Gespaltene Ukraine / Revolution in
Bangladesch / Fonds für Bewegungsfreiheit

Auf einen Blick

medico-rundschreiben 03/24

4 Editorial

DER LEITARTIKEL

- 6 **Autoritäre Wende**
Rechtsruck und Kriegsregime in Deutschland



VOM WESTEN NICHTS NEUES

- 12 **Zerrissenes Land**
Ukraine: Zwischen Selbstverteidigung und Kriegsmüdigkeit
- 20 **Kalter Krieg gegen Flüchtlinge**
Trotz neuer Regierung: Polen rüstet die Grenze zu Belarus weiter auf
- 24 **Empire State of Mind**
Aktivismus, Erinnerungskultur und Wahlkampf in den USA

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
info@medico.de
www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann (verantw.),
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Ramona Lenz, Christian Sälzer,
Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektorat: Silke Weidner
Fotos der Autor:innen:
medico, Privat

September 2024

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

- 28 **Projekte/Projektionen**
Iran, Namibia, Mexiko
- 30 **Helfen ist kein Verbrechen**
Warum medico einen Fonds für
Bewegungsfreiheit schafft
- 34 **Wieder nix gelernt**
Globale Gesundheit: Wie der
Mpox-Ausbruch Nord und Süd
spaltet



ANTIAUTORITÄR

- 38 **Revolution!**
Turbulente Zeiten in Bangladesch
- 42 **Weitermachen**
Lehren aus dem Widerstand gegen
die Bolsonaro-Regierung
- 46 **Beeindruckend unbeeindruckt**
medico-Partner:innen gegen
Autoritarismus. Drei Beispiele
- 48 **Lobby gegen Menschenrechte**
Rechte Angriffe auf humanitäre
Arbeit

DAS INTERVIEW

- 52 **Eigentlich kommen wir immer
zu spät**
Gespräch mit der Aktivistin
Rosalinda Tablang über Nothilfe
inmitten von Klimakatastrophe
und Repression
- 58 **medico aktiv**
Gaza-Benefizkonzert, Tagung zu
psychosozialer Arbeit, Spenden &
El Hotzo
- 60 **Spenden & Stiften**
...und Bestellen & Verbreiten
- 62 **Die Zeit der Bitten ist vorbei**
Letzte Seite: das medico-
rundschriften vor 25 Jahren

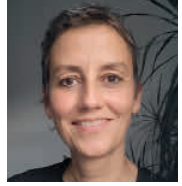
Flüchtlinge und Migrant:innen zahlen den
Preis für den Burgfrieden demokratischer
Kräfte mit den Rechten

Liebe Leser und Leserinnen,

selten ist die Welt so eindeutig, wie rechte Parolen und politische Schnellschüsse glauben machen wollen. Nach dem Messerangriff in Solingen Ende August ließen die politisch Verantwortlichen keine Zweifel aufkommen, was jetzt zu tun sei. Nur wenige Tage danach legte die Regierung ein sicherheitspolitisches Maßnahmenpaket vor, zu dem die Erleichterung von Abschiebungen gehörte. Kurz darauf hob ein Flugzeug mit 28 Afghanen und hoher symbolischer Bedeutung für die deutsche Innenpolitik nach Kabul ab – der erste Abschiebeflug seit der Machtübernahme der Taliban vor drei Jahren. Im Fahrwasser des Entsetzens über das vermutlich islamistisch motivierte Verbrechen von Solingen und im Vorfeld der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen setzte die Regierung zügig um, was rechte Demagog:innen lauthals fordern. Genützt hat es ihr nichts, wie die Wahlergebnisse zeigen.

Was der zunehmende Einfluss der extremen Rechten in Deutschland für die Außenpolitik und das Kriegsregime bedeutet, lesen Sie im Leitartikel. Auch die Entwicklungszusammenarbeit ist längst im Visier extremer Parteien, Denkfabriken und Medien. Der Journalist Ulli Jentsch geht daher in diesem Heft der Frage nach: Was müssen wir tun, um humanitäre Hilfe und Menschenrechtsarbeit dauerhaft gegen Attacken von rechts zu schützen? Timo Dorsch und Jan Schikora zeigen in ihrem Beitrag, was man von der Gegenwehr zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Zeit der rechtsautoritären Bolsonaro-Regierung lernen kann. Gegen Vereinzelung und soziale Kälte setzten sie weiterhin auf Kollektivität und Solidarität und haben dadurch viele Sympathien gewonnen. Doch auch wenn die rechtsextreme Regierung inzwischen abgewählt wurde: Solange sich an den prekären Lebensverhältnissen vieler Menschen nichts ändert, droht die Rückkehr des Autoritarismus mit seinen schlichten Antworten

auf die vielschichtigen Probleme des Landes. Die USA stehen bereits in wenigen Wochen vor einer vergleichbaren Wahl: Zurück zu dem rechts-populistischen Zyniker und Menschenfeind Donald Trump oder weiter mit den Demokrat:innen, nun unter Kamala Harris? Katja Maurers Streifzug durch New Yorker Museen und ihr Einblick in die US-amerikanische Antikriegsbewegung ist nicht nur erhellend im Vergleich zum Umgang mit Erinnerung und Gaza-Krieg in Deutschland. Er zeigt auch Dilemmata des aktuellen Wahlkampfes auf.



Als Ramona Lenz 2011 bei medico anfang, habe sie sich geradezu ehrfürchtig gefragt, ob sie wohl auch eines Tages mal einen Text zum medico-rundschreiben beisteuern dürfe. Letztlich war sie dann viele Jahre Teil der Redaktion. Diese Arbeit und vieles mehr wird sie vermissen, wenn sie medico in Kürze verlässt, um sich neuen Aufgaben zuzuwenden.

In Polen ist es vor einem Jahr Donald Tusk gelungen, eine rechte Regierung abzulösen und damit zum Hoffnungsträger für den Schutz der Demokratie vor weiteren autoritären Deformierungen zu werden. Katarzyna Czarnota berichtet von der polnischen EU-Außengrenze zu Belarus und der auch unter Tusk fortgesetzten brutalen Abweisung von Schutzsuchenden. Weder Harris noch Tusk noch die deutsche Bundesregierung können sich offenbar eine Demokratie vorstellen, die auch die Rechte und die Partizipation von Schutzsuchenden gewährleistet. Allen gemeinsam ist es, Menschen auf der Flucht und in der Migration das Leben immer schwerer machen zu wollen. Flüchtlinge und Migrant:innen zahlen – nicht selten mit ihrem Leben – den Preis für die falsche Hoffnung demokratischer Kräfte auf einen Burgfrieden mit den Rechten. Gegen die fortgesetzte Entrechtung von Flüchtlingen und Menschen, die ihnen zur Seite stehen, schafft medico einen Bewegungsfonds. Auf den Seiten 31 und 32 erklären wir, warum es diesen Fonds braucht und was wir gegen die Kriminalisierung von Flucht und Hilfe an Europas Grenzen tun.

Mario Neumann und Riad Othman beschreiben in ihrer eindrücklichen Reportage aus der Ukraine, wie mit der Reduzierung von Solidarität auf die Frage von Waffenlieferungen eine Vereindeutigung eingefordert wird, die der komplexen Realität vor Ort schon lange nicht mehr gerecht wird. Überhaupt ist das Heft ein Hoch auf den Zweifel und die Zwiespältigkeiten. Dafür steht auch das Titelbild mit seinem wackligen Stuhlstapel. Auch wenn es zwischen allen Stühlen unbequem ist: Genau dort ist manchmal der einzig richtige Ort.

Für mich war medico viele Jahre lang der einzig richtige Ort zum Arbeiten. Nun zieht es mich beruflich weiter. Ab Oktober werde ich mich mit Armut in Deutschland beschäftigen, aber medico und Fragen globaler Gerechtigkeit weiterhin eng verbunden bleiben. Dazu wird selbstverständlich die Lektüre des medico-rundschreibens gehören, die ich auch Ihnen und Euch – heute wie in Zukunft – von Herzen empfehle.

Solidarisch und herzlich,
Ramona Lenz

Auto - ritäre Wende



Throne of Weapons, British Museum, London

Über politische Grenzen hinweg konsolidiert sich in Deutschland ein neuer Autoritarismus. Der Leitartikel

Von Mario Neumann

Genau 85 Jahre war es am 1. September 2024 her, dass mit dem Überfall Deutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg begann. Seit den 1950er-Jahren wird dieser Jahrestag bereits als Antikriegstag begangen, lange in beiden deutschen Staaten. Und eigentlich, so könnte man denken, hätte das Jahr 2024 Anlässe genug für eine Großdemonstration ungekannter Dimension geboten, die sich im Angesicht der weltpolitischen Konstellation dem alten Motto „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ unter neuen Vorzeichen hätte verschreiben können. Doch das Datum im Jahr 2024 wird nicht als dieser Tag in Erinnerung bleiben, die Antikriegsbewegung blieb aus.

Erinnern wird man es stattdessen als jenen Sonntag, an dem im Deutschland der „Zeitenwende“, „Brandmauer“ und „Staatsräson“ eine faschistische Partei eine Landtagswahl gewann und in der zweiten den Sieg nur knapp verfehlte. Vorangegangen war der Anschlag in Solingen und ein auch im hiesigen Rechtsruck beispiel- und bodenloser rassistischer Überbietungswettbewerb, an dem sich nahezu alle politischen Akteure beteiligten. Vorangegangen waren dem ebenfalls Monate, in denen eine selbstgefällige deutsche Mehrheitsgesellschaft wahlweise Palästinenser:innen oder Araber:innen zu den Wiedergängern des deutschen Faschismus stilisierte, dessen Bekämpfung dann auch im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörden liegen sollte.

Vom „Nie wieder“ zur AfD

In diesem neuen Deutschland hat man Antikriegstage scheinbar nicht mehr nötig. In Zeiten einer mit dem Ausspruch „Nie wieder ist jetzt!“ begründeten deutschen Staatsräson, die zur waffenexportierenden Unterstützung eines mittlerweile fast ein Jahr andauernden Massakers herangezogen wird, kann das nur oberflächlich überraschen. Die deutschen Lehren aus der Geschichte erweisen sich, je mehr sie bemüht werden, umso mehr als hohle Phrasen. „Wenn Deutschland mit dem Völkermord an Juden und Jüdinnen die Unterstützung einer Kriegsführung begründen kann, die große Teile der Welt als Genozid betrachten, ist auf wenig mehr Verlass. Die humanistische Substanz der offiziellen Erinnerungskultur erweist sich als erschreckend dünn – und damit ist auch die Annahme erschüttert, das Gedenken an die NS-Verbrechen werde helfen, künftigen Faschismus und Autoritarismus vorzubeugen“, schrieb die Autorin Charlotte Wiedemann kürzlich auf dem medico-Blog. Das war noch vor Solingen, vor Thüringen und Sachsen. Der Angriff auf die Einwanderungsgesellschaft im Namen deutscher Erinnerungspolitik war da aber schon im Gange.

Die darauffolgenden Wochen haben dann vielleicht endgültig – in Wahlen und medialen Schmutzkampagnen verdichtet – vor Augen geführt, was schon lange hätte Gewissheit

sein können: Es sind nicht linke, jüdische Intellektuelle, palästinensische Aktivist:innen oder die arabische Diaspora in Berlin, die eine Gefahr für Demokratie und wirklich antifaschistische Erinnerungspolitik darstellen. Entgegen den gängigen deutschen Überzeugungen ist sich unter ihnen heute wohl am ehesten umzuhören, wenn es um substanzielle Kritik des Kriegsregimes und des Autoritarismus geht. Es ist stattdessen das Deutschland des Jahres 2024 selbst, seine Parteien, seine Öffentlichkeit und seine politische Kultur, die sich in einer autoritären Abwärtsspirale befinden. Sie gleicht, trotz aller erinnerungspolitischen Läuterung, jener in verschiedenen anderen Ländern der Welt. Und es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass es am Wahlabend gerade Bernd Baumann, der parlamentarische Geschäftsführer der AfD, war, der in der Berliner Runde des ZDF die politischen Entwicklungen trefflich auf den Punkt brachte, als er fragte, warum von Brandmauern gesprochen und der AfD eine Koalitionsregierung verweigert würde, während in den Wahlprogrammen der anderen Parteien doch bei ihr abgeschrieben worden sei.

Habermas hat was dagegen

Doch das Problem geht über diese migrationspolitische Angleichung der politischen Mitte an den Populismus der AfD hinaus. Es herrschen nicht nur Abgrenzungsprobleme. Vielmehr trägt das Alternativprogramm zum Aufstieg rechter Kräfte auch da, wo es sich nicht nur graduell von ihnen unterscheidet, autoritäre Züge. Das gilt allem voran in der Außenpolitik, die heute nicht selten Kriegspolitik bedeutet. Im allgemeinen, schwindelerregenden Krisengeschehen hat die politische Mitte ihr Programm auf Sicherheit, Militarismus und einen Krisennationalismus umgestellt. In einem kürzlich erschienenen Interviewband zu seinem Lebenswerk hat der Philosoph Jürgen

Habermas das mit eindrücklichen Worten als eine politische „Regression“ identifiziert, in der sich die „Kurzichtigkeit eines konzeptionslosen Westens“ verberge. Habermas beklagt nicht nur in der hiesigen Ukraine-Debatte einen „anhaltenden rhetorischen Rückfall in eine bellizistische Mentalität“ und fährt fort: „Mich beunruhigt, dass sich inzwischen das Bewusstsein der politischen Eliten im Westen von der Logik des Krieges mehr und mehr vereinnahmen lässt. Im Schatten der Gefahr eines wiederkehrenden Trumps herrschte auf der Münchner Sicherheitskonferenz dieses Jahres eine hektische Stimmung, die fast schon Erinnerungen an die kriegsschwangere Traumtänzerie von 1914 aufkommen ließ.“

Kein Sieg, kein Frieden, einfach Krieg, mit ungezählten Opfern: Das ist tatsächlich die nüchterne Bilanz von über zweieinhalb Jahren Krieg in der Ukraine, zu der auch eine hochmoralische Debatte beigetragen hat, in der Begriffe wie Freiheit, Menschenrechte und Demokratie vor allem als Werbeslogans eines sich militarisierenden Kontinents dienen, die die Abwesenheit politischer Ideen, erst recht solcher für die Zukunft, nur notdürftig kaschieren können. „Was jetzt losgebrochen ist, ist die gesamte Maschinerie und der Teufel selber. Die Ideale sind nur aufgesteckte Etiketten“, notierte Hugo Ball, Gründer des Cabaret Voltaire in Zürich, der Geburtsstätte des Dadaismus, im November eben jenes Jahres 1914 in seinem Tagebuch.

Ende eines Zyklus

Man kann heute wieder etwas von dieser Ausweglosigkeit spüren, mit der einst gegen einen ähnlichen Kriegstaukel mobilisiert wurde, dessen Wiederkehr man lange für ausgeschlossen hielt. Der sich im Fahrwasser der Kriegslogik erdrutschartig beschleunigende

Rechtsruck der gesamten politischen Landschaft ist dabei auch Ausdruck der Tatsache, dass sich das Fenster einer progressiven Gesellschaftstransformation geschlossen hat. Die kritische Zivilgesellschaft und ihre Organe, lange Zeit zumindest politische Stichwortgeber, stehen größtenteils im Abseits; übrig geblieben ist das politische Pingpong-Spiel von neoliberaler Mitte und rechtskonserva-

Man kann heute wieder etwas von dieser Ausweglosigkeit spüren, mit der einst gegen einen ähnlichen Kriegstau mel mobilisiert wurde, dessen Wiederkehr man lange für ausgeschlossen hielt.

tiven und faschistischen Kräften. Die zu keinem kohärenten politischen Programm mehr integrierten Versatzstücke einer liberalen, progressiven Politik sind kaum noch mehr als Rhetorik. Untergründig wirkt stattdessen die Freund-Feind-Logik des Krieges, leichter verdaulich gewendet in ein moralisches Gut-Böse-Schema, aber ohne jeden Horizont. Diese Logik ist scheinbar zur letzten großen „Alternativlosigkeit“ des neoliberalen Zeitalters geworden. Darin bleibt, anstelle eine der Seiten zu wählen, innen- wie außenpolitisch nur der Platz zwischen den Stühlen.

Was aber kann das heißen? Ein kritisches Nachdenken in angemessener Distanz über einen von Kriegslogik, Verunsicherung und Rassismus neu formierten Nationalismus könnte ein Anfang sein. Die Schließung politischer Räume geht jedenfalls parallel zur Schließung des Nationalen. Habermas hält auch da noch eine tragische, aber auf eine skurrile Weise

durchaus hoffnungsvolle Diagnose bereit, wenn er sagt: „Es könnten auch die unbegriffenen, aber intuitiv gespürten geopolitischen Verschiebungen sein, die sich in den Kontrollverlusten der westlichen Regierungen bemerkbar machen und die sich gleichzeitig in der Geiztheit verletzbarer sozialer Gruppen unserer im Weltvergleich hoch privilegierten Bevölkerungen niederschlagen. Ein anderes Motiv könnte die Ahnung sein, dass wir auf die unaufhaltsam auf uns zukommende ökologische Krise nicht rechtzeitig genug reagieren, um größere Schäden zu vermeiden. Diejenigen, die die Krise leugnen, haben die größte Angst davor.“ Das ist skurril hoffnungsvoll deshalb, weil es zumindest heißen könnte, dass der neuen Konjunktur nationalistischer Abwehrreflexe ein diffuses Wissen über die tatsächlich globale Dimension aktueller Krisen vorausgeht. Darin immerhin steckte mehr Internationalismus als in den national bornierten Strategien aller politischen Parteien zusammen.



Mario Neumann hat auf medico-Dienstreisen nach Gaza, in den Libanon und zuletzt in die Ukraine eine Ahnung davon bekommen können, was die Realität des Krieges bedeutet. Er ist verantwortlicher Redakteur des rundschreibens.

Vom Westen nichts Neu



Alle Fotos: medico

Zukunftsaussicht in Kiew: Alles dreht sich um die Versprechen des Westens.

es



Die Politik steckt in der Logik des
Militärischen fest. Eine Spurensuche
nach Alternativen – in der Ukraine,
an der polnischen Grenze zu Belarus
und im US-amerikanischen Wahlkampf.

Zerrissenes Land

Zwischen Selbstverteidigung und Kriegsmüdigkeit.
Ein Besuch in der Ukraine

Von Mario Neumann und Riad Othman

In die Ukraine kommt man seit Februar 2022 nur noch auf dem Landweg. Also fahren wir Zug, von Budapest nach Mukatschewo. Von dort geht es mit dem Auto weiter nach Nyschnje Selyschtsche. Das Dorf liegt in Transkarpatien, einem der 24 Oblaste der Ukraine, über tausend Kilometer von der Front entfernt, nahe der Grenze zu Rumänien und Ungarn. Es gibt wohl im ganzen Land kaum einen Ort, der, zumindest oberflächlich besehen, mit den Kämpfen im Osten weniger zu tun hat. Transkarpatien gilt als sicherste Region des Landes.

In der malerischen Landschaft treffen wir die medico-Partner von Longo Maï. Sie betreiben hier, etwas abseits des Dorfes, seit den 1990er- Jahren einen ebenso malerischen Öko-Bauernhof, der Teil ihres internationalen Netzwerks von Stätten einer alternativen ländlichen Arbeits- und Lebensweise ist. Bei unserer Ankunft entsteht vor allem für diejenigen, die zum ersten Mal hier sind, der Eindruck, hier herrsche eher Bullerbü als Kriegsregime. Doch die ländliche Idylle wird schnell von der politischen Wirklichkeit eingeholt. Seit Beginn der „full scale invasion“, wie der Angriff Russlands im Februar 2022 von vielen Ukrainer:innen auf Englisch genannt wird – in Abgrenzung zu „Kriegsbeginn“, den sie mit Russlands Annexion der Krim 2014 verbinden –, ist Longo Maï gemeinsam mit anderen lo-

kalen Akteuren in der Versorgung von Binnenvertriebenen aktiv.

In einer Unterkunft für Binnenvertriebene, die mitten im Dorf neben einer ebenfalls von Longo Maï mit aufgebauten Käserei und einem Restaurant liegt, treffen wir Familien aus Cherson, Charkiw oder Donezk, die hier untergebracht sind, manche schon länger, manche seit wenigen Monaten erst. Sie laden uns zu einer Hausversammlung bei Kaffee und selbst gebackenen Keksen ein und stellen sich reihum vor. Ihre Erfahrungen mit dem Krieg und der Flucht spiegeln sich nicht nur in ihren Worten, sondern auch in ihren schmerzverzerrten Gesichtern, wenn sie von konkreten Erlebnissen berichten.

Ein bisschen Frieden

Anna* und ihr Sohn Viktor* (Namen von der Redaktion geändert) haben Krieg, Besatzung und Flucht durchlebt. Anna hat nur wenige Zähne, lächelt aber über die Schicksalsschläge und Gewalt hinweg, von denen sie erzählt. Auf ihrem lila T-Shirt steht: „Keep Calm“. Die beiden sind aus einem ohnehin schwierigen Leben geflohen, in dem sie schließlich auch noch von russischen Truppen überfallen und vertrieben wurden, und haben hier offensicht-

lich einen Ort der Zuflucht gefunden. Anna stottert leicht und manchmal dauert es, bis sie die Worte ausgesprochen hat. Das gilt vor allem, wenn sie über Cherson und die Zeit des Krieges und der Besatzung spricht. Dann presst sie manches eher über die Lippen. „Wir hatten große Angst“, sagt sie nicht nur einmal und imitiert die Geräusche des Krieges, sie-delt sie mit den Armen rund um ihren Körper an. Sie lebten sechs Monate unter Besatzung in Cherson und flohen schließlich, Anna, ihr jüngerer Sohn – und ihr Mann. Auf der Flucht trennte sie sich von ihm, der sie über Jahre hinweg geschlagen hat. Nach der Scheidung war sie mittellos; die Patentante ihres Sohnes, die weiterhin in Cherson lebt und mit ihr Kontakt hielt, habe für sie recherchiert und die Longo-Mai-Initiative auf Facebook gefunden. „Mein Sohn ist häufig krank, deswegen kann ich nicht arbeiten“, sagt sie. Das kleine Zimmer in der Unterkunft steht voller Medikamente. Auf dem Bett des Sohnes liegt ein Sponge-Bob-Kissen, auf dem Tisch ein Buch: „1Q84“ von Haruki Murakami. Zwei Dinge, an denen man sich festhalten kann. Sie liest sehr gerne und „so viel wie möglich“.

Trotz des andauernden Krieges sehen nicht alle in Transkarpatien schwarz. Auch im Krieg sind neue Partnerschaften und Freundschaften entstanden. Das Longo-Mai-Kollektiv hat im Dorf auch ältere Häuschen und Wohnungen angemietet oder gekauft, um dort Kriegsflüchtlinge dauerhaft unterzubringen. Wer weiß, wann der Krieg endet und ob eine Rückkehr möglich sein wird.

Eine kleine Familie aus der ostukrainischen 21.000-Einwohner-Stadt Popasna, die 2022 sofort zum Kampfgebiet und von der russischen Armee eingenommen wurde, konnte sich in einem solchen Häuschen mit Garten niederlassen. Olha, die Krankenschwester ist, kümmert sich seit der Flucht um den erwachsenen

Sohn Jaroslaw, der unter Schizophrenie leidet. Ihr Ehemann Valentin muss nach einem Arbeitsunfall bei der ukrainischen Eisenbahn vor einigen Jahren keinen Einberufungsbefehl der Armee fürchten. Er pendelt täglich mit dem werkseigenen Bus zur Arbeit in einer Schuhfabrik in Mukatschewo, der morgens die Arbeiterinnen (Valentin ist unter 300 Beschäftigten der einzige Mann) abholt und nachmittags wieder in die Dörfer des Umlands zurückfährt. „Die Babuschka von nebenan kommt fast täglich zu Besuch. Sie backt manchmal und bringt uns etwas oder schenkt uns Eier“, sagt Olha. Eine Rückkehr nach Popasna schließen sie aus. Es sei nicht nur stark zerstört worden, es sei auch zu befürchten, dass Rückkehrer:innen dort nach einem wie auch immer gearteten Friedensschluss von prorussischer oder proukrainischer Seite als Verräter:innen betrachtet werden. Also wollen Olha und Valentin mit Jaroslaw in dem transkarpatischen Dorf Fuß fassen, sich eine neue Existenz aufbauen. Diese Art der Tapferkeit begegnet einem in der Ukraine oft. Sie hat nichts mit dem Heldenmut der Armeeplakate zu tun. Das ganze Leid geht dennoch an niemandem spurlos vorbei, auch nicht an denen, die helfen. Es ist gut, dass sie in dem kleinen Dorf endlich eine Psychologin gefunden haben, die aus dem rund 120 Kilometer entfernten Ushgorod einmal die Woche die Reise nach Nyschnje Selyschtsche auf sich nimmt. Sie kann nicht ändern, was geschehen ist, aber sie kann helfen, einen Umgang damit zu finden.

Normaler Kriegsalltag

Auf der Fahrt nach Kiew in einem Zug mit den geräumigen Schlafwagen sowjetischer Bauart kommen wir dem Kriegsgeschehen räumlich näher. Bei einem Zwischenstopp über Nacht in Lwiw hören wir zum ersten Mal den Luftalarm. Am nächsten Tag in Kiew ändert sich unser

Bild jedoch. Vielerorts herrscht fast normale, in kapitalistischen Hochglanz getauchte Betriebsamkeit, die den Krieg hier ferner erscheinen lässt als in Transkarpatien, wo er durch die Binnenvertriebenen eine eigentümliche Wirklichkeit und Nähe besaß. Im ältesten Stadtteil Podil flanieren in der Abendsonne zahlreiche Pärchen die Petra Sahaidatschnoho-Straße entlang. In Blau-Gelb ist hier niemand gehüllt, weiße und pastellfarbene Töne dominieren das Straßenbild mit den vielen Restaurants, Eisdielen und hippen Bars. Man könnte ebenso gut in Frankfurt oder München sein. Wie fragil diese oberflächliche Normalität des Krieges ist, zeigt sich nicht nur wenige Wochen nach unserem Besuch, als bei intensivierten russischen Angriffen ein Kinderkrankenhaus in Kiew getroffen wird.

An den Krieg erinnern während unseres Besuchs nicht nur die regelmäßigen, weitestgehend ignorierten Luftalarme, sondern auch Großplakate der Armee. Auf einem wirbt ein Bataillon mit einer garantierten Ausbildungsdauer von 60 Tagen vor dem Fronteinsatz. Eine Reaktion darauf, dass zu Beginn des Krieges viele nicht einmal eine Grundausbildung erhielten und daher schneller an der Front starben. Doch es wird nicht nur geworben, es wird auch eingezogen.

Während es in den ersten Kriegsmonaten einen Ansturm von Freiwilligen auf die Armee gab, musste die Regierung im Mai 2024 ein neues Gesetz verabschieden, das den Personenkreis der Wehrpflichtigen erweitert und deren Mobilisierung durch einen neuen Registrierungsprozess erleichtert. Seitdem geht die Angst um. Das Militär bat den Präsidenten bereits Ende 2023 um die Rekrutierung von 500.000 neuen Soldat:innen. Die Regierung will nun Hunderttausende einziehen, um die völlig zermürbten und ermüdeten Einheiten an der Front zu entlasten oder zu verstärken. „Die

militärischen Verluste der Ukraine sind eines der bestgehüteten Geheimnisse im Krieg“, hieß es im Mai bei ZDFheute. In der Tat: Glaubwürdige offizielle Zahlen zu militärischen Verlusten gibt es nicht, im Gegensatz zu den ziemlich genauen Zahlen über zivile Todesopfer in der Ukraine, die beispielsweise das Hochkommissariat für Menschenrechte der UN (OHCHR) bis zum 31. Juli 2024 auf mindestens 11.520 beziffert. Die Frage, ob die von Präsident Selenskyj im Februar genannten 31.000 toten Soldat:innen realistisch sei, löst jedenfalls meist Kopfschütteln oder sogar Gelächter aus. Die Zahlen sind natürlich ein Politikum sondergleichen. Russland spricht von zehnmal so vielen getöteten ukrainischen Soldat:innen, während Großbritannien von einer halben Million Getöteter oder Verwundeter bei den russischen Streitkräften spricht. Unabhängige Zahlen, die meist auf Schätzungen und unterschiedlichen Hochrechnungen beruhen, geben auch keine genaue Auskunft, skizzieren aber zumindest eine recht eindeutige Dimension: Es dürften mittlerweile weit über 100.000 ukrainische Soldat:innen gefallen sein. Die russischen Verluste, Söldner eingeschlossen, liegen wohl noch einmal deutlich darüber. Dass manche da eine Analogie zu Verdun und dem Irrsinn jener ergebnislosen Materialschlacht mit Hunderttausenden Toten sehen, ist nicht ganz abwegig.

Mobilisierung unter Zweifeln

Mittlerweile hat jede:r Angehörige und Freunde an der Front, alle wissen vom Massensterben und hören grausame Geschichten. Familien und Freundeskreise sind zerrissen an den Fragen, die sich mit den Schicksalen der Soldat:innen verbinden. Kein Wunder, dass zwar fast alle der Unumgänglichkeit der Landesverteidigung zustimmen, aber immer weniger dafür einen Preis zahlen wollen. In der Haupt-



Vom Krieg allein lässt es sich nicht leben: Ein Veteran verkauft auf eigene Rechnung Devotionalien vor dem Außenministerium in Kiew.

stadt sieht man noch viele junge Männer auf den Straßen oder in den Fitnessstudios. In Transkarpatien hingegen prägten Frauen das Straßenbild. Dort sprachen wir mit Sergej, der seine Wohnung nur noch selten verlässt. Er fürchtet die mobilen Kontrollen der Armee. Wie viele andere informiert er sich in Whats-App-Gruppen, die vor ihnen warnen, und schlägt sich dann regelmäßig in den Wald. In Kiew scheint das noch anders zu sein. Aber dennoch sind am Abend deutlich weniger Männer unterwegs, wohl nicht nur wegen der nächtlichen Ausgangssperre. Wann „Kiew dran ist“, ist in den Augen vieler nur eine Frage der Zeit.

Das neue Mobilisierungsgesetz sei auf Druck der USA zustande gekommen, heißt es. Man habe die weitere in Aussicht gestellte militärische Unterstützung an neue Rekrutierungen geknüpft. US-Senator Lindsey Graham hatte im März dieses Jahres bei einem Besuch in



Weiterhin auf das Schlimmste vorbereitet: Sandsäcke schützen ein Regierungsgebäude.

Kiew auch öffentlichen Druck auf die Regierung ausgeübt und die Absenkung des Wehreintrittsalters gefordert. Auch hinter den Kulissen scheint man sehr gut zu wissen, dass es nicht nur ein Materialproblem gibt. Der Waffenlieferungsdiskurs lenkt medial davon ab, dass es kaum jemanden gibt, der sie bedienen möchte. Zwangsweise rekrutiert wird schon

länger. Die Arbeiter waren die Ersten, die nach der Zeit der Freiwilligkeit eingezogen wurden. Denn sie müssen physisch am Arbeitsplatz erscheinen und sind daher leicht anzutreffen und einzuziehen, selbst wenn sie ihren Wohnsitz meiden. Die Rolle der Arbeitgeber:innen war dabei ambivalent, versuchten doch viele von ihnen gerade betriebsrelevante Arbeiter zu



Der Maidan ermöglichte immer auch einen Blick in die Zukunft. So sieht es im Jahr 2024 dort aus.

behalten. Einige organisierten bei Prüfungen sogar Verstecke, brachten die Leute weg oder warnten sie rechtzeitig. Widersprüche des Krieges, zwischen Landesverteidigung und Unternehmensinteressen.

Gerade im Osten mussten außerdem viele Betriebe schließen. Die Zerstörungen durch die russischen Angriffe setzen Arbeiter frei, die dann nicht selten aus finanziellen Gründen zur Armee gehen. Diese je nach Region und sozialer Zugehörigkeit unterschiedliche Gefahr, an die Front zu müssen, hat Spaltungen in der Ukraine verschärft, die nach der anfänglichen Einheit in der kollektiven Landesverteidigung jetzt mit Wucht zurückkommen und sich vertiefen. Unter der Oberfläche ist das Land gespalten; nicht weil es Uneinigkeit in der Frage der Selbstverteidigung gäbe, sondern darüber, wer welchen Preis für sie zu zahlen bereit ist oder bezahlen muss. Bezahlen kann man auch, wenn man sich dem entziehen möchte. Manche behaupten, man bekomme für Geld alles, sogar die Befreiung vom Wehrdienst, andere bestreiten das. Eine Ausreise aber kann man zweifellos kaufen. Und noch bietet diese Ausreise, die zumindest für Männer zur Flucht geworden ist, einen begrenzten Schutz vor dem Einsatz an der Front.

Nicht ganz so eindeutige Fronten

Auch wenn man es auf den ersten Blick nicht merkt, ist Kiew vom Krieg im Osten, der immer wieder auch die Hauptstadt heimsucht, gezeichnet. Und nicht nur das: Auch die ambitionierte Westwerdung hinterlässt hier ihre Spuren. Das, was hierzulande oftmals als die Ukraine porträtiert wird, steht unter ziemlich sichtbarem westlichem Einfluss.

Ruslan Bortnik, ein erfolgreicher politischer Unternehmensberater und Intellektueller, kennt

sich damit aus. Wir treffen ihn in einem Hinterhofrestaurant in Kiew. Neben Forbes-Top-100-Unternehmen zählen auch Firmen aus postsowjetischen Ländern zu seinen Kunden. Er berät sie in politischen Fragen, vorwiegend in solchen der Sicherheit, und hat einflussreiche Kontakte, mit deren Hilfe man im Land kleine und große Unternehmungen anschieben kann. Die schlechte ökonomische Lage der Ukraine sei „ein Vorhang“, sagt er. Ein Vorhang, den die Regierung ausgerollt habe, um in der Situation des Krieges möglichst viel Hilfe abzuschöpfen. Dahinter verberge sich ein differenzierteres Bild. Es gebe „zwei Ströme: rein und raus“. Einige Unternehmen flöhen vor dem Krieg, andere begriffen ihn als Chance. Bortnik schätzt, dass das BIP derzeit nur etwa die Hälfte der Kaufkraft abbilde, die andere Hälfte sei nicht dokumentiert. Die Armut nehme zu, vor allem im Osten. In Kiew, aber auch andernorts, könne man hingegen beobachten, dass die Situation ambivalenter sei. 2023 seien beispielsweise mehr neue Autos gekauft worden als vor dem Krieg. Teile der Gesellschaft seien „grant eater“ der westlichen Gelder, die durch verschiedene Kanäle ins Land kämen und in ebenso vielen wieder verschwänden.

„Die Ukraine ist ein Kind des Westens“ erklärt er, mit Betonung auf Kind. „Die westlichen Partner sind hier verantwortlich für alles“, ergänzt er, einfach so und ohne jeden Groll. In den letzten Jahren hätten der Präsident und sein Umfeld wesentliche gesellschaftliche Bereiche monopolisiert und sie gemeinsam mit „den westlichen Partnern“ verwaltet. Der Staat als größter „grant eater“ habe so das ökonomische Geschehen monopolisiert und gleichzeitig kapitalisiert. Das Bankensystem und der militärisch-industrielle Komplex beispielsweise seien heute rund um den Staat organisiert und im Besitz der Regierung. Außerdem kontrolliere und besitze der Staat die Massenmedien. Das Machtzentrum bestehe aus dem Prä-

sidenten, seinem kleinen Umfeld und den westlichen Partnern. Selenskyj treffe alle wesentlichen Entscheidungen in Abstimmung mit ihnen, das Parlament habe geringe Macht, das Kabinett fast keine, lokale Politiker:innen und Institutionen nur wenig Einfluss. Wesentliche Akteure seien die USA, ihr Einfluss konzentriere sich vor allem auf Investitionen, das Militär und das „politische Dach“ einer zukünftigen Ukraine. Großbritannien spiele in militärischen Fragen eine gewisse Rolle, die EU sei finanzieller Player und ein Beitritt der Ukraine Entwicklungsziel, aber gleichzeitig geschwächt durch Uneinigkeit und Polyphonie. Die Oligarchen seien natürlich noch da, „jeder ukrainische Präsident hat eine neue Generation von Oligarchen mitgebracht“, aber ihre politische Macht sei geschwächt und im Wandel begriffen.

Der kleine Ritt Ruslans durch die Machtarchitektur der Ukraine und ihrer Verbündeten weicht deutlich ab von der einseitigen Geschichte einer selbstlosen militärischen Unterstützung gegen die imperiale Aggression Russlands, die hierzulande erzählt wird. Im Windschatten des militärischen Einmarschs der russischen Armee kann sich diese politisch-ökonomische Übernahme des Landes durch westliche Akteure offenbar gut als Solidarität tarnen.

Westen oder Osten?

Zu guter Letzt treffen wir in der weiteren Peripherie Kiews, etwas klandestiner als bei den bisherigen Begegnungen, einen alten Antifaschisten, der aus guten Gründen anonym bleiben muss. Nach 2022 kritisierte er die damals begonnene Ent-Demokratisierung in der Ukraine und war staatlicher wie rechtsradikaler Einschüchterung ausgesetzt. In dem kleinen Park neben dem Café, in dem unser Gespräch stattfindet, stehen die Reste eines sowjetischen

Denkmals der russisch-ukrainischen Freundschaft, das niedergerissen und mit den Namen von Russland überfallener Orte besprüht wurde: Mariupol, Butscha, Charkiw.

Es sei nicht der Sieg von Ost oder West, der in der Ukraine eine soziale Demokratie hätte möglich machen können, sondern der Zwischenraum, der durch die relativ ausbalancierten Machtverhältnisse zeitweise entstanden sei und der plurinationalen Gesellschaft und Kultur entsprochen habe. Eine Mehrheit der Ukrainer:innen habe bei der Wahl 2019 gegen Poroschenkos Wahlkampf rund um „Armee, Sprache, Kirche“ das geopolitisch eher salomonische Programm Selenskyjs gewählt, das auf Ausgleich und Übergang ausgelegt war, betont unser Gesprächspartner mehrfach. Die Menschen hätten keine geopolitische Vereindeutigung, keine „Entscheidung“ für Ost oder West gewollt. Doch zeitgleich hätten seit dem Euro-Maidan die westlichen Interventionen auf ultimative Kontrolle des Landes gesetzt und die demokratischen Impulse geopolitisch und profitgetrieben gewendet. Kleine, aber wichtige Akteure seien dabei die Neonazis und ihr aggressiver Nationalismus gewesen. Statt die plurinationale und multikulturelle Demokratisierung des Landes zu fördern, habe der Westen über die ukrainischen Nationalist:innen Einfluss gewinnen wollen. Die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine beruhe jedoch auf den zwei Enden in Ost und West und nicht in der einseitigen Wendung in eine Himmelsrichtung, weder vor noch im Krieg.

Das erinnert an Zwischentöne, die bereits im ersten Kriegsjahr vereinzelt zu vernehmen waren. Sie lehnten es ab, die Konflikte in der Ukraine allein auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die Besetzung von Teilen der Oblaste Luhansk und Donezk oder den verbrecherischen Angriff Russlands im Februar 2022 zurückzuführen. Die Vereindeutigung und Ver-

engung auf eine monolithische nationale Identität wird die Ukraine nicht reicher machen – auch wenn es für diesen Blickwinkel keinen Raum geben mag, solange das Land im Kriegs- und Ausnahmezustand ist.

Krieg ohne Ende

„Kyiv ist waiting for you after the victory“ heißt es auf Werbetafeln im Stadtzentrum, die Siegesgewissheit vermitteln sollen – so wie die erbeuteten russischen Panzer, die vor dem Außenministerium stehen. Von der teils euphorischen Stimmung der ersten Monate, der Einigkeit in der kollektiven Landesverteidigung, ist jedoch nicht mehr viel zu spüren. Die anfängliche Hoffnung auf ein durch westliche Militärhilfe ermöglichtes, schnelles Ende des Krieges ist einer Ernüchterung gewichen, die zwar oft noch vom „Sieg“ spricht, aber kaum noch an ihn zu glauben scheint. Darüber kann auch der jüngste Vormarsch der Ukraine auf russisches Gebiet nicht hinwegtäuschen.

An einer Überführung des kriegesischen Konflikts in einen politischen Rahmen, um vielleicht nicht den Konflikt zu lösen, aber zumindest das Massensterben an der Front zu beenden – daran hat offenkundig keine der kriegführenden Parteien derzeit ein Interesse, auch nicht der Westen. Solange das so bleibt, hat die inflationär ins Feld geführte „Solidarität mit der Ukraine“ vor allem ein Ergebnis: dass die Ukrainer:innen weiterhin in einem Stellungskrieg leben und sterben.



Riad Othman (links im Bild) koordiniert seit 2022 medicos Kooperationen in der Ukraine. Gemeinsam mit Mario Neumann bereiste er im Mai die Ukraine.

NOTHILFE UND MEHR: DIE ARBEIT DER MEDICO-PARTNER:INNEN

Die Lasten des Krieges werden vor allem von der Zivilgesellschaft getragen, von vielen kleinen Initiativen, Organisationen und Freiwilligen. Seit Kriegsbeginn organisieren sie unermüdlich Evakuierungen, die Versorgung mit dem Nötigsten, medizinische Hilfe, psychosoziale Unterstützung, den Aufbau von Zufluchtsorten und die Unterbringung von Vertriebenen. Hilfe von unten. Eben diese leisten auch die medico-Partnerorganisationen wie Mirnoe Nebo Kharkova oder Longo Mai in verschiedenen Teilen der Ukraine. Während sie von der viel beschworenen Solidarität mit der Ukraine oft kaum noch etwas spüren, arbeiten sie trotz Erschöpfung weiter – im Wissen, dass ein baldiges Kriegsende immer unwahrscheinlicher wird und damit auch die Bedarfe nach Hilfe weiter wachsen. In diesem Zwiespalt organisieren sie nicht nur akute Nothilfe, sondern versuchen zugleich, mittel- und langfristige Perspektiven für die Vertriebenen aus der Ostukraine zu entwickeln, sich für einen solidarischen Wiederaufbau zu engagieren und gegen den Abbau von Sozialpolitiken unter Kriegsrecht zu wehren. medico unterstützt sie dabei.

Spendenstichwort: Ukraine

Kalter Krieg gegen Flüchtlinge

Belarus setzt Schutzsuchende als Druckmittel gegen die EU ein. Auch der neuen polnischen Regierung fällt nur deren Bekämpfung ein

Von Katarzyna Czarnota

Seit 2015 regiert in Polen eine Politik der Angst. Nicht zuletzt die in den Medien verstärkte Rede von der europäischen „Flüchtlingskrise“ brachte damals die rechtsgerichtete Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) zum zweiten Mal an die Macht. Untersuchungen aus jener Zeit belegten, dass der Sieg der Rechten in starkem Maß auf das Migrationsnarrativ zurückzuführen war. Die Regierung setzte diese Erzählung fort. Und sie verschärfte sie noch, als sich im August 2021 an der polnisch-belarussischen Grenze eine bis heute andauernde humanitäre Krise entwickelte.

Um zu verstehen, was damals passierte, muss man auf die Wahlen 2020 im Nachbarland Belarus zurückgehen. Nach den dortigen Präsidentschaftswahlen verkündete Präsident Alexander Lukaschenko, dass er von einer Mehrheit wiedergewählt worden sei. Die Zivilgesellschaft, internationale Organisationen und die Weltöffentlichkeit sahen das weitgehend anders. Nicht nur hatte das Regime die Opposition massiv unterdrückt, es gab auch viele Belege dafür, dass die Wahl manipuliert worden war. Umso stärker unterstützten westliche Regierungen und Organisationen nun die demokratische Opposition in Belarus und verhängten gleichzeitig Sanktionen gegen das Lukaschenko-Regime.

Diese Sanktionen wurden noch einmal verschärft, nachdem die belarussischen Behörden im Mai 2021 den Ryanair-Flug 4978 von Athen nach Vilnius zur Landung in Minsk zwingen und dort den an Bord befindlichen oppositionellen Journalisten Roman Protasevich verhafteten. Die EU untersagte belarussischen Fluggesellschaften daraufhin den Zugang zum EU-Luftraum. Als Vergeltungsaktion begann das Lukaschenko-Regime damit, in Zusammenarbeit mit Russland massenhaft Visa für die Einreise nach Belarus zu verkaufen, beispielsweise über Reisebüros im Nordirak. Diese Aktion und die Lancierung falscher Versprechungen brachte Hunderte von Menschen, die meisten aus Kriegs- und Krisengebieten wie Afghanistan, Syrien und dem Irak, dazu, nach Belarus einzureisen. Ihnen war vermittelt worden, sie könnten von dort problemlos in die EU weiterreisen – nach Lettland und Litauen, vor allem aber nach Polen. Die Regime in Minsk und Moskau hatten gewissermaßen „von oben“ eine neue Migrationsroute geschaffen.

„Hybride Kriegsführung“

Diese Taktik zweier autokratischer Regime wurde in Polen als „hybride Kriegsführung“



Angespannte Situation an der hochgerüsteten polnisch-belarussischen Grenze.

diskutiert. Als Gegenbegriff wurde das Schlagwort der „Sicherheit“ stark gemacht. Damit war keineswegs die Sicherheit der Schutzsuchenden gemeint – sei es im Sinne des Ankommens an einem sicheren Ort oder im Sinne von Schutz vor Verstößen gegen die Genfer Konvention. Sicherheit wurde allein national ausbuchstabiert – als Schutz vor Zuwanderung. Die Rechte der Migrant:innen und ihr Schicksal in den sumpfigen Wäldern des Grenzgebiets galten wenig, der Schutz der Grenze umso mehr.

Die EU und Polen reagierten mit Gewalt und massiver Aufrüstung. Auf polnischem Territori-

um wurde 2021 ein Stacheldrahtzaun errichtet, der inzwischen zu einer mehr als fünf Meter hohen Stahlmauer ausgebaut worden ist – eine neue Mauer zwischen Ost und West, fast 200 Kilometer lang. Parallel wurden Gesetze erlassen und Praktiken eingeführt, die eine beschleunigte und oft undokumentierte „Rückführung“ ermöglichen. In den meisten Fällen wurden Migrant:innen mit Gewalt dazu gebracht, nach Belarus zurückzukehren. Unter Missachtung der Genfer Flüchtlingskonvention und des Rechts auf Asyl wurden sie ohne Prüfung ihrer Identität und ohne Anhörung abgeschoben, zurück in die dichten Wälder und Sumpfbgebiete. Viele Menschen wurden bei den

Zusammenstößen mit dem staatlichen Grenzschutz verletzt, von Zahllosen verlor sich jede Spur.

Staat versus Zivilgesellschaft

Doch die Situation erzeugte auch solidarisches Engagement. Wo der Staat selbst humanitäre oder medizinische Hilfe verweigerte, sprangen zivilgesellschaftliche Basisbewegungen und Bewohner:innen der Grenzregion in die Bresche. In der besonders betroffenen Region Podlasie etwa nahmen Organisationen wie Medics at the Border, InterSOS und Ärzte ohne Grenzen (Médecins Sans Frontières) ihre solidarische Arbeit auf. Und es gründeten sich mehrere Nichtregierungsorganisationen, darunter auch die Grupa Granica (übersetzt: „Grenzgruppe“). Der informelle Zusammenschluss von Anwohner:innen, Freiwilligen und NGOs sorgte dafür, dass durch die Wälder irrende Schutzsuchende über eine Notrufnummer Unterstützer:innen erreichen konnten. Sie bauten Strukturen auf, um direkte humanitäre und medizinische Hilfe sowie Rechtshilfe bei Anträgen auf Asyl leisten zu können. Zudem unterstützt Grupa Granica Menschen, die rechtswidrig in gefängnisähnlichen Gebäuden inhaftiert waren, und dokumentiert staatliche Menschenrechtsverletzungen.

Die rechte polnische Regierung hingegen hat die Not an der Grenze technokratisch verwaltet – und verschärft. Nicht überraschend wurde Zuwanderung zu einem wichtigen Thema im Wahlkampf vor den Parlamentswahlen 2023. Doch diesmal reichte es nicht mehr für die PiS: Die Oppositionskoalition gewann und Donald Tusk wurde neuer Ministerpräsident. Tatsächlich änderte sich dadurch vieles schlagartig. Unter dem Motto der „Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit“ schlug die Regierung in wichtigen politischen und gesellschaftlichen Bereichen einen neuen Kurs ein und drehte den

autoritären Staatsumbau der Vorgängerregierung zurück – nicht aber an der Grenze.

Der Regierungswechsel hätte Gelegenheit für einen Wandel sein können: für einen neuen Ansatz in der Migrationspolitik, für eine Entkriminalisierung humanitärer Hilfe und für ein Ende der Pushbacks. Viele Menschen, die sich in der Grenzzone für Migrant:innen in Not engagieren, hofften auf Veränderungen. Doch die neue Regierung hat die Politik der Abschottung und Entrechtung fortgesetzt. Die neue Realität blieb weitgehend die alte. Zwar werden diejenigen, die dort humanitäre Hilfe leisten, inzwischen weniger kriminalisiert als zuvor. Dafür wird, anders als vor der Wahl versprochen, die Migration selbst noch stärker bekämpft.

Das Militär müsse auch im Inland eingesetzt werden können, ohne dass zuvor der Ausnahmezustand oder das Kriegsrecht ausgerufen werden müsse, betont Ministerpräsident Tusk. Und: Polen brauche „humanitäre Pushbacks“, schließlich seien „Grenzen wichtiger als Menschen“. Infolge einer tödlichen Attacke auf einen polnischen Soldaten wurde kürzlich wieder eine Sperrzone eingerichtet: Der Zugang zu einem über 60 Kilometer langen Gebiet entlang der Grenze zu Belarus ist für die allermeisten tabu. Die humanitäre Hilfe wurde weiter beschränkt. So verbot die Regierung die Lieferung von Lebensmitteln, Wetterschutz und medizinischer Hilfe an Menschen auf der anderen Seite der Mauer – obwohl man sich dort noch auf polnischem Territorium befindet. Allenfalls das Rote Kreuz und Ärzte ohne Grenzen dürfen die Zone betreten. Gleichzeitig ist der Grenzschutz personell und technisch aufgestockt worden. Im großen Stil soll auch der Grenzzaun weiter verstärkt werden. An den Flüssen im Grenzgebiet wird ein Überwachungssystem mit 1.800 Kameramasten sowie 4.500 Tag/Nacht- und Wärmekameras aufgebaut. Außerdem hat die Regierung eine Gesetzesänderung im Parla-

ment eingebracht, die den Einsatz von Schusswaffen durch das Militär neu regeln, also erleichtern soll. Kritiker:innen sprechen von einer „Lizenz zum Töten“.

Im Mai und Juni 2024 saßen wieder Dutzende von Schutzsuchenden auf polnischem Territorium im Grenzgebiet fest. Und die Zahl der registrierten Todesopfer steigt weiter. Eine umfassende Studie der Survivor Foundation dokumentiert an der Grenze zwischen den Ländern Belarus, Lettland, Litauen und Polen 116 Todesfälle von 2021 bis Ende März 2024. Die tatsächliche Zahl dürfte weit höher sein. Wollen Familien Auskunft über Angehörige erhalten, deren Spuren sich im Grenzgebiet verloren haben, stoßen sie auf erhebliche bürokratische Hindernisse. Da die staatlichen Behörden nicht aktiv nach als vermisst gemeldeten Menschen suchen, machen sich Organisationen und Hilfsgruppen eigenständig auf die Suche in den weitläufigen Wäldern des Grenzgebiets.

Das Dilemma und seine falsche Auflösung

Die Situation an der Ostgrenze der EU hat viel damit zu tun, dass es keine legalen und sicheren Wege für Schutzsuchende nach Europa gibt. Sie ist gleichzeitig davon geprägt, dass die Mitgliedstaaten an strengere Verpflichtungen gebunden sind als Belarus. So sind Lettland, Litauen und Polen auch Vertragsparteien der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), der UN-Menschenrechtskonventionen und des EU-Rechts. Das Lukaschenko-Regime nutzt diese rechtliche Asymmetrie aus: Um Menschenrechtsverletzungen in Belarus zu relativieren, schafft es eine Situation, in der Polen – und damit zugleich die gesamte EU – sich gezwungen sehen, Menschenrechte zu verletzen.

Seit 2021 unterstützt medico Netzwerke wie Grupa Granica, die an der polnisch-belarussischen Grenze die Rechte Schutzsuchenden verteidigen. Auch an anderen Orten entlang der EU-Außengrenze leisten unsere Partnerorganisationen humanitäre Nothilfe, medizinische Versorgung, psychologischen Beistand und Rechtsberatung für Flüchtlinge und Migrant:innen. Für das Recht auf ein Leben in Würde – überall.

Spendenstichwort: Flucht & Migration

Die politische Instrumentalisierung der Migration auf Kosten von Schutzsuchenden schafft ein Dilemma, das sich weder mit humanitärer Hilfe lösen lässt noch als Problem für die nationale Sicherheit angemessen erfasst wird. Ein Denken in Schwarz oder Weiß greift hier zu kurz. Erforderlich sind strategische und (geo-)politische Lösungen. Die Regierungen von Belarus und Russland auf der einen Seite und von Polen auf der anderen haben die Migration alle auf ihre Weise für eigene Zwecke benutzt. Eine solche politisierte Debatte verhindert echte, faktenbasierte Bemühungen um Alternativen. Und sie ignoriert die Perspektiven der Schutzsuchenden und der Solidaritätsbewegung.



Katarzyna Czarnota arbeitet bei der Helsinki Foundation for Human Rights, die Teil des Grupa Granica-Netzwerks ist.

Empire State of Mind

Ein anderer Aktivismus, eine andere Erinnerungskultur: Vor den Wahlen in den USA

Von Katja Maurer

Die Sommerhitze ist in New York schon im Juni unerträglich. Weltweit ist der New Yorker „Heat Dome“ in den Nachrichten. Die Verankerung einer Drehbrücke über den Harlem River schmilzt in der Hitze und blockiert stundenlang. Vor der Zentrale der Citibank in der Wallstreet, die seit Corona wie leer gefegt ist, demonstrieren seit Wochen Klimaaktivist:innen. Mit anderen Gruppierungen formieren sie sich zu immer neuen Bündnissen. So legen sich pünktlich zum Hitzedom grauhaarige Herrschaften zu einem Die-in vor die Bankzentrale. Wer stirbt an der Hitze zuerst? Die Alten. Ziel der sturen, sich mit schöner Regelmäßigkeit wiederholenden Aktionen vor der Citibank, einem der größten Finanzdienstleister der Welt, ist das Ende der Investitionen in klimaschädliche Unternehmen und Produktionen.

„Decarbonize Decolonize“ ist aber auch der Slogan, unter dem die Klimaaktivist:innen gemeinsam mit der Palästina-Solidaritätsbewegung das Ende von Investitionen der Citibank fordern, die den Krieg Israels in Gaza direkt oder indirekt finanzieren. Die Camps in den Universitäten, die diese Forderungen an ihre Universitätsleitungen stellten, sind zwar mit dem Ende des Sommersemesters aufgelöst. Aber nicht nur hier vor der Citibank sieht man, dass die Auseinandersetzung noch lange nicht vorüber ist. Mit Nemat Shafik als Präsidentin

der Columbia-Universität, die zuvor sechs Jahre lang die London School of Economics leitete, ist die dritte Präsidentin einer renommierten Ivy-League-Universität zwischen den Angriffen rechtsextremer republikanischer Abgeordneter und dem Studierendenprotest gegen den Gaza-Krieg zerrieben worden. Anders als in Deutschland, wo eine einst von unten gegründete, jetzt aber zunehmend verstaatlichte Erinnerungskultur immer repressivere

Eine multidirektionale Erinnerung, die bewusst Vergleiche und Bezüge der historischen Menschheitsverbrechen herstellt, ist in den USA anerkannter Teil des Curriculums.

Züge annimmt, ist die Palästina-Frage in den USA ein in der Öffentlichkeit schwer umstrittenes Thema. Die hartnäckige aktivistische Szene in den großen Städten und an den Universitäten steht dabei bewusst in der Tradition der Vietnam-Kriegsproteste und der Bürgerrechtsbewegung. Den Krieg in Gaza sehen viele in der Kontinuität US-amerikanischer Hegemonie-

und Weltmachtbestrebungen. Dabei geht es nicht nur darum, dass fast jede US-amerikanische Außenpolitik nach dem Motto Kennedys „It's a bad guy, but it's our guy“ agiert und, sei es in Israel oder in Haiti, auch Verbrechern an der Macht die Treue hält. Kein Welthegeemon, kein globales Kolonialreich übte je zuvor eine solche militärische Kontrolle über Militärstützpunkte weltweit aus. Manche halten ganz Israel für einen Stützpunkt der USA. So gesehen sind die Tage ihrer Hegemonie noch lange nicht gezählt. Das bewegt die Aktivist:innen, nicht nachzugeben. Sie handeln, wie Slavoj Žižek sagt, ohne die Hoffnung auf Erfolg.

Für den Herbst und den Wintersemesterbeginn sind neue Proteste an den Universitäten angekündigt. Sie sind ein symbolisches Zeichen, dass es auch im globalen Norden relevante Bewegungen gibt, die verstehen, dass im Krieg gegen Gaza und seine Menschen eine Schwelle in der Missachtung des Völkerrechts überschritten wird, die genozidale Verbrechen mit sogenannten liberalen Werten in Einklang zu bringen versucht und sie so desavouiert.

Erinnerung und Antikriegsbewegung

Dass in den USA der Protest gegen den Gaza-Krieg und die Einverleibung der Westbank eine solche politische Rolle spielt, hat auch mit der Zurkenntnisnahme der eigenen historischen Verbrechen zu tun. Eine multidirektionale Erinnerung, die bewusst Vergleiche und Bezüge der historischen Menschheitsverbrechen herstellt und sich als erinnerungspolitisches Fundament einer Einwanderungsgesellschaft betrachtet, ist bislang noch anerkannter Teil des Curriculums an den US-amerikanischen Universitäten. Die Frage nach der Singularität des Holocausts, die in Deutschland sakrosankt ist, sieht man in den USA differenzierter.

Der israelische Geschichtsprofessor und Holocaustforscher Omer Bartov, der an einer US-amerikanischen Universität lehrt, geht davon aus, dass eine Mehrheit der Wissenschaftler:innen diese These nicht mehr teilt. Aus Sicht von Bartov dient sie vor allen Dingen dazu, Israel wie den Holocaust außerhalb des Völkerrechts und der Geschichte zu stellen.

Der „Missbrauch der Holocaust-Erinnerung“, wie ihn der Regisseur von „Zone of Interest“, Jonathan Glazer, bei seiner Oscar-Dankesrede mit zitternder Stimme kritisierte, nennt man in den USA gern mal „Weaponizing with the Holocaust“, sich mit dem Holocaust bewaffnen. Hier geht die Debatte auch in eine selbstkritische Richtung unter denen, die sich jahrelang mit Erinnerungskultur und Erinnerungspädagogik beschäftigt haben. So schreibt eine der renommiertesten Forscherinnen auf diesem Gebiet, Marianne Hirsch, ihre Zunft müsse sich fragen, ob sie allzu lange an der Idee des „schweren Traumas“ festgehalten und so möglicherweise „ein exzeptionalistisches Verständnis des Holocaust-Opfertums“ begründet habe. Das so entstandene Verständnis der transgenerationalen Traumatisierung über Generationen hinweg erweise sich zunehmend als Hindernis für eine Erinnerungskultur, die reparieren will.

„Kommunales Heilen und Reparieren“ könne nur gelingen, wenn man es als Imperativ begreife, die Erinnerung und „Post-Erinnerung [ein Begriff von Hirsch] an den Holocaust mit der an die Nakba, also an die palästinensische Vertreibung, zu verbinden. Eben das, so der palästinensisch-amerikanische Literaturwissenschaftler und Aktivist Edward Said, sei die „Basis für Koexistenz“. All diese Fäden sollten in Deutschland aufgenommen und weitergesponnen werden – wenn es denn endlich gelingt, die erinnerungspolitische Debatte von ihren Tabus zu befreien.

Wer sich mit Verbrechen, die vor keinem internationalen Gerichtshof verhandelt werden, auseinandersetzen will, kann in diesen Sommertagen in das renommierte Guggenheim-Museum gehen und sich die Arbeiten von Jenny Holzer ansehen. Auf den Leuchtschriftbändern der Installationskünstlerin huschen Sätze wie „Entfremdung produziert Exzentriker oder Revolutionäre“, „Beschütze mich vor der, die ich bin“ und „Monomanie ist eine Voraussetzung für Erfolg“ vorbei. Es sind Denkanstöße im Vorbeirauschen, die in der sich spiralförmig aufwindenden Rotunde des Guggenheim-Museums nichts oder alles bedeuten können. An anderer Stelle sucht Holzer nach ästhetischen Formen, US-Kriegsverbrechen zu memorieren. Auf Leinwänden, die mit Gold und anderen glänzenden Metallen überzogen sind, sind Folteranweisungen aus Abu Ghraib eingraviert. Dazu dokumentiert sie ausführlich Überlegungen von Beratern des US-Militärs, wie man Zivilist:innen trotz Genfer Konvention foltern kann, um am Schluss festzustellen, dass sich die US-Truppen letztlich nicht um die Konvention geschert haben. Wenn Kunst sich nicht unterwirft, ist sie in ihrer Autonomie auch ein Echo- und Denkraum der Straße. Das sieht man an Holzer. In Deutschland soll die Freiheit der Kunst nun mit einer Bundestagsresolution zum Antisemitismus eingeschränkt werden.

Die Kraft des Aktivismus ist in New York vielerorts spürbar. So wundert man sich nicht, wenn einem ein älteres weißes schwules Pärchen begegnet, das im Pride Month kurz vor der Parade im Palästina-Sertuch herumläuft und ein Schild trägt, auf dem steht: „No Pride while Genocide“. Was nützen LGBTQ-Rechte, die in den USA mit Regenbogenflaggen an Banken genauso wie an Regierungsgebäuden gefeiert werden, wenn die Institutionen, die sie vor sich hertragen, anderswo Menschenrechte mit Füßen treten? Das schließt an Martin Luther King

an, der sich weigerte, mit der US-Regierung über Bürgerrechte für Schwarze zu verhandeln, während die US-Armee in Vietnam Napalmbomben einsetzte.

Amerika, in mancher Hinsicht hast du es besser, ist man da versucht zu sagen. An der National Mall in Washington, also der offiziellen und kostenlosen Museumsmeile, die die Fundamente von US-amerikanischer Kultur und Geschichtsschreibung wiedergibt, zeigt sich der Unterschied zu Deutschland, das sein demokratisches Selbstverständnis einer historischen Niederlage verdankt. Unweit des monströs großen Lincoln-Denkmals, in das radikal-

Das Holocaust-Museum predigt eine universalistische Lesart. „Nie wieder Völkermord“ lautet die Botschaft am Ausgang.

demokratische Sätze wie „Regieren für das Volk, durch das Volk“ und „Alle Menschen sind gleich geboren“ eingraviert sind, befindet sich das 1993 errichtete Holocaust-Museum. Trotz befremdlicher Hollywood-Anklänge in seiner Architektur – die Aufzugtüren erinnern an ein Krematorium – predigt es eine universalistische Lesart. „Nie wieder Völkermord“ lautet die Botschaft am Ausgang des Museums. Im Untergeschoss ist eine Ausstellung zum Völkermord an den Rohingya zu sehen. Wie die meisten in den letzten Jahren entstandenen Einrichtungen der für Besucher:innen kostenlosen Nationalen Museumsmeile erzählt es eine Geschichte von unten – hier bei der Rettung von Jüdinnen und Juden. Dem steht das Versagen der Staaten gegenüber, allen voran der USA, die den Verfolgten Zuflucht verweigerten.

Im afroamerikanischen Museum, 2003 eröffnet und errichtet wie eine umgekehrte Pyramide, herrscht eine Erzählung des Widerstands vor: Widerstand der Sklav:innen und der Bürgerrechtsbewegung, Widerstand Einzelner und in Gruppen. Zu Tausenden strömen vorwiegend schwarze Bürger:innen mit ihren Kindern in das Museum. Denn Heimat ist auch eine anerkennende Erinnerungskultur.

Neuer Planetarismus

Zuletzt ein Eindruck aus dem nur ein Jahr später eröffneten National Museum of the American Indian. Das von geschwungenen Formen geprägte wüstenfarbene Gebäude erinnert an ein von Wind und Wetter geformtes Steinmassiv. Wer darin eine Anrufung indianischer Kosmologie sieht, wird im Museum von den nackten Tatsachen des US-amerikanischen Kolonialismus überrascht. Das Museum erzählt die Geschichte aus zwei Perspektiven: aus der der Siedler:innen und der der Ur-Einwohner:innen. Es ist eine Geschichte der Gewalt, des Vertragsbruchs, des Verrats und seiner propagandistischen Verleugnung. Der Siedlerkolonialismus ist die nicht wieder gut- zumachende Gründungsgeschichte der USA, der seinen Gipfel in der großen Vertreibung der indigenen Bevölkerung aus dem fruchtbaren südöstlichen Waldland ins karge Oklahoma und ihrem tödlichen Marsch, genannt der „Pfad der Tränen“ hatte. Zuletzt hat Martin Scorsese dieser Katastrophe mit seinem Film „Killers of the flower moon“ ein Denkmal gesetzt und die uneingelösten Versprechen der Geschichte angemahnt. Es gibt keine positive Anrufung des amerikanischen Pursuit of Happiness ohne die Erzählung seines siedlerkolonialen Beginns.

Im November wird in den USA ein neuer Präsident oder – zum ersten Mal – eine Präsidentin gewählt. Kamala Harris und der als Stellvertre-

ter benannte Gouverneur Tim Walz haben mit ihrer Kandidatur die politische Lähmung und Untergangsstimmung, die in den meisten liberalen Metropolen herrschte, überwunden. Doch: Vor dem Parteitag der Demokraten – einer gigantischen und gut vorbereiteten Rhetorik-Show – machten Demonstrierende in der letzten Augustwoche deutlich: Ein Weiter-so kann es nicht geben. Es mag eine Minderheit sein, die vor den Toren des Parteitags einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende der Rüstungsexporte an Israel fordert. Aber die Stimmen der US-amerikanischen Ärztinnen und Ärzte, die erschütternd von ihren Erfahrungen in Gaza berichten, bekommen medial sehr viel Gehör und können auf Dauer nicht ignoriert werden. Die Demokraten fürchten um jeden Fehler, der sie in dieser knappen Wahl den Sieg kosten könnte. Bis zum Wahltag werden sie daher sehr vorsichtig agieren. Dass nun in dieser monarchistisch anmutenden Partei eine neue Generation antritt und damit vielleicht auch manche Zukunftsfragen wieder offener sind, wird Gegenstand der Auseinandersetzungen nach den Wahlen sein. Dann geht es wieder um die Zukunft des Planeten. Sie hängt von einer klugen Gestaltung des Übergangs von der US-Hegemonie zu einem vernünftigen Multilateralismus ab, der sich auf internationales Recht gründet.



Katja Maurer war lange Chefredakteurin des rundschreibens und ist trotz ihrer Verrentung weiterhin eng und aktiv mit medico verbunden. Den eingeübten medico-Blick auf die Welt legt sie auch auf privaten Reisen nicht ab. So entstand dieser Text.

Projekte Projekti- onen

Zorn & Widerstand

Iran: Hilfe für die Opfer der Staatsgewalt

Der Konflikt des iranischen Regimes mit Israel überdeckt, wie fundamental es im Land durch die eigene Bevölkerung herausgefordert ist. Zwar ist die landesweite Protestwelle nach dem gewaltsamen Tod von Jina Mahsa Amini aktuell abgeebbt bzw. unterdrückt. Der Zorn und die Ablehnung des Regimes in Teheran aber sind geblieben. medico unterstützt im Kontext der Jin-Jiyan-Azadi-Bewegung ein Netzwerk von Aktivist:innen, die in den Provinzen Kurdistan, Belutschistan und in anderen Teilen des Iran, die von Repressionen des Regimes besonders stark betroffen waren, aktiv sind. Sie kümmern sich um medizinische Behandlungen für Opfer der staatlichen Gewalt. Sie unterstützen Familien, die durch die Ermordung oder Inhaftierung von Angehörigen in ökonomische Not gestürzt sind. Und sie setzen sich weiterhin für einen demokratischen Neuanfang im Iran ein. Das Regime mag weiter unterdrücken, foltern und hinrichten: Den Widerstand von unten wird es nicht mehr los.



Foto: Stringer / Anadolu Agency

September 2022: Nach dem Mord an Jina Mahsa Amini bricht sich die Wut auf den Straßen des Iran Bahn.

Spendenstichwort: Menschenrechte

Reparatur & Reparation

Namibia: Aufarbeitung deutscher Kolonialverbrechen

Koloniales Unrecht verjährt nicht. Und die Aufarbeitung dessen, was deutsche Soldaten Anfang des 20. Jahrhunderts in „Deutsch-Südwestafrika“, dem heutigen Namibia, angerichtet haben, ist noch lange nicht abgeschlossen. medico unterstützt die Nachfahren der Überlebenden des deutschen Genozids an den Ovaherero und Nama in ihrem Kampf um Gerechtigkeit: für eine vollumfängliche Anerkennung des Genozides durch den deutschen Staat und damit auch für Reparationen, wie sie die UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vorsieht. So fördert medico Kooperationen mit den Dachorganisationen Ovaherero Genocide Foundation (OGF) und Nama Traditional Leaders Association (NTLA), die sich der Verdrängung des Unrechts entgegenstellen – hier wie dort. Ein Teil dieser Zusammenarbeit sind Versammlungen, bei denen Nachfahren das fortdauernd traumatische Erbe von Enteignung, Vertreibung und Auslöschung sichtbar machen und die psychosozialen Auswirkungen sprechbar werden. Kollektive Erinnerungskultur von unten also. Diese ist umso wichtiger, da sich die deutsche und die namibische Regierung unter Missachtung der Forderungen von Ovaherero- und Nama-Verbänden einer staatlichen Symbolpolitik verschrieben haben, die von Berlin und Windhoek aus vieles anstrebt – nur keine Wiedergutmachung.

Spendenstichwort: Namibia dekolonial

Die Gewalt beenden

Chiapas: Menschenrechtsarbeit indigener Communitys

Im südlichsten Bundesstaat Mexikos hat die Gewalt gegen die indigene Bevölkerung und politisch unbequeme Gemeinden dramatisch zugenommen. Es handelt sich um eine neue Art von Bürgerkrieg, dessen Hauptakteure die organisierte Kriminalität, parastaatliche Gruppen, staatliche Institutionen und privatwirtschaftliche Unternehmen sind. Die Konfliktlinien sind teils undurchsichtig und verändern sich stetig. Bewaffnete Auseinandersetzungen um Territorien, Schmuggelrouten und strategisch wichtige Orte sind an der Tagesordnung, teilweise mit Dutzenden Toten. Der Staat reagiert mit einer Militarisierung, die weitere Konflikte schafft. Aktuell gelten in Chiapas 10.000 Menschen als intern vertrieben. In diesem Kontext arbeitet das 1989 in San Cristóbal de las Casas gegründete Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas (Frayba), das bereits in den 1990er-Jahren die Friedensverhandlungen zwischen der zapatistischen Befreiungsarmee und dem mexikanischen Staat begleitete. Die medico-Partnerorganisation dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und klagt diese öffentlich an. Kontinuierlich unterstützt Frayba den nachhaltigen Aufbau selbstverwalteter Strukturen in indigenen Gemeinden. Ziel der renommierten Organisation ist es, die politische, physische und psychosoziale Gewalt zu überwinden. Ein schwieriges Unterfangen, erst recht in dieser von Gewalt zerrütteten Region.

Spendenstichwort: Lateinamerika

Helpen ist kein Verbr

Warum wir einen Fonds für Bewegungsfreiheit so

Wer sich auf der Flucht nicht nur um das eigene Überleben kümmert, sondern auch anderen hilft, die lebensgefährliche Reise ins Ungewisse zu überstehen, bringt sich in große Gefahr. In vielen Ländern Europas wird dies als „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ bzw. „Schleuserei“ mit langen Haftstrafen geahndet. Mit unserem neu geschaffenen „Fonds für Bewegungsfreiheit“ stehen wir denjenigen zur Seite, die für ihre Solidarität bestraft werden.

Der Straftatbestand der „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ wird mancherorts höher bestraft als Mord. Angeklagt werden nicht etwa kriminelle Gewalttäter wie die Milizen der libyschen Küstenwache, die massiv vom Menschen- und Sklavenhandel profitieren und im Auftrag der EU Geflüchtete auf offener See wieder abfangen. Stattdessen trifft es oft Geflüchtete, die dafür büßen müssen, dass es keine legalen Fluchtwege nach Europa gibt. Ihr einziges Verbrechen: Auf der Suche nach einem besseren Leben unerlaubt eine Grenze überquert und dabei anderen beigestanden zu haben.

Allein in Griechenland sitzen über 2.000 Menschen aufgrund des Vorwurfs der „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ hinter Gittern. Die meisten sind Geflüchtete. Studien zeigen, dass sie in Schnellverfahren von ca. 30 Minuten zu durchschnittlich 46 Jahren Haft und Geldstrafen von über 300.000 Euro verurteilt werden. Häufig verstehen die Angeklagten – auch aufgrund unzureichender Übersetzungen – bis zuletzt nicht, was ihnen eigentlich vorgeworfen wird und warum man sie verurteilt.

Auch in Italien, Spanien und England wird von beinahe jedem ankommenden Flüchtlingsboot mindestens ein Mensch festgenommen und bezichtigt, anderen bei der Einreise geholfen zu haben. In Italien geht man davon aus, dass seit 2013 ca. 3.200 Menschen aufgrund dieses Vorwurfs festgenommen wurden. Für Spanien liegt eine Studie vor, der zufolge 2022 und 2023 rund 500 Menschen aufgrund ähnlicher Vorwürfe kriminalisiert wurden, 311 von ihnen haben einen Fluchthintergrund.

echen

haffen



Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein. Nicht anders ist es an der polnisch-belarussischen Grenze und entlang der Balkanroute: Auch hier werden immer wieder Menschen festgenommen, weil sie Fliehenden helfen. Und bereits auf dem afrikanischen Kontinent werden einzelne Menschen, die beim Grenzübertritt aufgegriffen wurden, als Sündenböcke inhaftiert – sei es in Transitstaaten wie Marokko oder im Senegal, von wo aus Menschen auf die kanarischen Inseln einreisen.

Verhaftungen gibt es auch in Deutschland. Hierzulande wird der Vorwurf der Schleuserei außerdem verwendet, um zu versuchen den Weg für Abschiebungen in Länder wie Syrien zu legitimieren. So wurde im Juli einem syrischen Staatsbürger der subsidiäre Schutz in Deutschland verweigert, weil er in Österreich der Beihilfe zur unerlaubten Einreise in die EU verurteilt wurde.

Unhaltbare Vorwürfe

Dass eine Person am Steuer eines Flüchtlingsboots saß, Wasser an Bord verteilt hat oder mit einem Satellitentelefon die Küstenwache anrief, um aus Seenot gerettet zu werden – all das kann also ausreichen, um lebenslang im Gefängnis zu landen. Die Beschuldigten müssen kein Geld dafür bekommen und keinen Zwang gegenüber anderen fliehenden Menschen ausgeübt haben, um der Beihilfe zur un-



erlaubten Einreise schuldig gesprochen zu werden. Oft handelt es sich bei den Inhaftierten um Geflüchtete, die anderen das Leben gerettet haben, wie die El Hiblu 3, die seit 2019 auf den Abschluss ihres Strafverfahrens in Malta warten. Die drei Jugendlichen aus Guinea und der Elfenbeinküste waren von einem Öltanker aus Seenot gerettet worden. Sie überetzten und vermittelten zwischen der Besatzung des Tankers und den Geflüchteten und überzeugten den Kapitän, die 108 geretteten Menschen nach Malta und nicht zurück nach Libyen zu bringen. Sie bewahrten dadurch zahlreiche Menschen vor dort drohender Inhaftierung und Folter. Doch die El Hiblu 3 wurden als Piraten und Entführer diffamiert und für terroristische Handlungen angeklagt. Das Verfahren dauert an.

In Italien steht derzeit eine junge Frau aus der Demokratischen Republik Kongo vor Gericht. Ihr Expartner trachtete ihr nach dem Leben und so floh sie mit ihrer achtjährigen Tochter und der 13-jährigen Nichte im Flugzeug nach Italien. In Bologna wurde sie am Flughafen wegen gefälschter Pässe festgenommen. Nun drohen ihr 15 Jahre Haft. Der Vorwurf: Die Schleuserin ihrer Tochter und Nichte zu sein.

Häufig werden Geflüchtete auch vor Gericht gestellt, um die Straftaten der Grenzpolizei zu verschleiern. So starben im Juni 2023 mehrere Hundert Menschen vor der Küste Griechenlands als Folge eines Pushback-Versuchs. Mit einem Seil hatte die griechische Küstenwache versucht, ein Boot mit fast 700 Geflüchteten in italienische Gewässer zu ziehen, und brachte es dabei zum Kentern. Hunderte Menschen starben. Doch angeklagt wurden neun Überlebende der Katastrophe, die „Pylos 9“. Der Vorwurf: Schleuserei und Verursachung des Schiffsunglücks. Erst nach einem Jahr Haft wurden sie schließlich freigesprochen.

Die Beispiele zeigen, dass der europäische Kampf gegen Schleuserei systematisch die Falschen trifft – diejenigen, die selbst Schutz suchen und anderen helfen. Ihre routinierte Verurteilung lenkt davon ab, dass es die europäische Grenzpolitik ist, die Menschen auf immer unsicherere Fluchtwege zwingt. Stattdessen werden die Schutzsuchenden selbst zu Sündenböcken für die verfehlte europäische Migrationspolitik gemacht. Über ihr Leben wird in Schnellverfahren weit unterhalb juristischer Mindeststandards gerichtet.

Stichwort: Bewegungsfreiheit



Gegen die Kriminalisierung

Das Recht auf Schutz und Asyl ist in Europa juristisch verbriefte. Doch es bleibt für viele Menschen unerreichbar, da es für sie keine legalen Einreisemöglichkeiten gibt. Sie sind somit auf Helfer:innen angewiesen, die sie dabei unterstützen, das Recht, Rechte zu haben, wahrzunehmen.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass das gesellschaftliche Bild der Schleuser:innen abhängig ist von der historischen Konjunktur und dass oft viel Zeit vergeht, bis ihre Taten gewürdigt werden. So werden heute Schleuser:innen geehrt, die vor vielen Jahrzehnten Verfolgten des Nationalsozialismus das Leben retteten. Auch aus anderen Epochen und Kontinenten gibt es Beispiele von Schleuser:innen, die heute als Held:innen gelten. Im US-amerikanischen Kontext ist Harriet Tubman die bekannteste Fluchthelferin, die nach ihrer eigenen Flucht als Teil der Underground Railroad in den 1850er-Jahren versklavte Menschen aus dem Süden in die Nordstaaten brachte.

Den Menschen, die die EU heutzutage kriminalisiert und verfolgt, wird diese Anerkennung verwehrt. Vielleicht ändert sich das eines Tages, wenn die politischen Kontexte, aus denen sie stammen, besser verstanden werden, ihre Geschichten erzählt und ihr Mut, andere zu retten, anerkannt wird. Darauf können wir jedoch nicht warten. Wer anderen auf der Flucht beisteht und dafür bestraft wird, braucht jetzt unsere Solidarität und Unterstützung.

Deshalb rufen wir den Fonds für Bewegungsfreiheit ins Leben. Mit diesem Fonds unterstützen wir Menschen, die an den Rändern Europas unrechtmäßig in Gefängnissen sitzen oder sich verteidigen müssen. Wir finanzieren Prozess- und Anwaltskosten, unterstützen im Alltag und schaffen mit öffentlichen Kampagnen Aufmerksamkeit – weil Flucht kein Verbrechen ist. Helfen Sie uns dabei!

medico.de/bewegungsfreiheit



– Spendenkonto: DE69 4306 0967 1018 8350 02

Wieder nix gelernt

Mpox-Ausbruch: Erfahrungen aus der Corona-Pandemie werden ignoriert

Von Anne Jung

Im August hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) nach dem massiven Ausbruch des Mpox-Virus in mehreren afrikanischen Staaten die höchste Alarmstufe ausgerufen – eine „gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite“. Das Wort international verweist darauf, dass die Weltgemeinschaft zum Handeln aufgerufen ist. Beim Mpox-Virus handelt es sich um eine Zoonose, eine von Tieren auf den Menschen übertragene Viruserkrankung, deren neue Unterlinie sich in der Demokratischen Republik Kongo schneller ausbreitet und häufiger schwere Krankheitsverläufe verursacht als jene Variante, die bereits 2022 global kursierte. Typische Symptome sind hohes Fieber und schmerzhaftes Pusteln, die Sterblichkeit ist bei Kindern besonders hoch. Eine Übertragung von Mensch zu Mensch erfolgt über engen Körperkontakt. Sie wird derzeit vor allem dort registriert, wo Menschen arm sind, auf engstem Raum leben und durch andere armutsbedingte Krankheiten geschwächt sind – wie in den Flüchtlingslagern des kriegsverheerten Kongo. Auch Menschen in Kenia, Uganda, Ruanda und Burundi sind bereits betroffen.

Als Antwort auf die Covid-19-Pandemie wird bei der WHO aktuell kontrovers über einen Pandemievertrag verhandelt. Die Idee ist großartig: Ein verbindliches Abkommen könnte normative Maßstäbe setzen, um weltweit stärker in die

Vorbereitung und Überwachung von Infektionskrankheiten zu investieren. Und es könnte endlich die Ungerechtigkeit im Zugang zu Impfstoffen überwinden, die die Welt eklatant spaltet: Auch in der Corona-Pandemie waren sie dort zuerst und dann in ausreichendem Maße verfügbar, wo dafür bezahlt werden konnte, nicht aber dort, wo sie am dringendsten benötigt wurden. Der Vertrag könnte auch die „Impfstoffdiplomatie“ beenden, bei der reiche Länder überschüssige Dosen im Gestus der Wohltätigkeit an [bevorzugt strategisch wichtige] Länder spenden.

Gäbe es also ein völkerrechtlich bindendes Werkzeug, das klare Empfehlungen für eine Aussetzung des Patentschutzes und wechselseitige Unterstützung im globalen Krisenfall vorsieht, könnten im Weltinteresse Pandemien besser eingedämmt und mehr globale Gerechtigkeit verwirklicht werden. Gibt es aber nicht. Die Verhandlungen stocken. Streit gibt es vor allem über die Frage, wie verbindlich ein Abkommen sein darf – bzw. notwendig sein muss. Schon bei Corona gehörte Deutschland zu den Ländern, die gegen den Willen der Mehrheit der Länder und internationalen zivilgesellschaftlichen Protest dafür gesorgt haben, dass die Impfstoffpatente nicht freigegeben wurden. Auch jetzt gehört Deutschland zu den größten Bremsern.

Dian Maria Blandina und Lauren Paremoer vom medico-Partnernetzwerk People's Health Movement sprechen von einer „tiefen Kluft zwischen dem Fokus des globalen Nordens auf Gesundheitssicherheit und industriellen Interessen auf der einen Seite und dem Drängen des globalen Südens auf einen gerechten Zugang zu Gesundheitsprodukten und eine verstärkte lokale Produktion auf der anderen“. Eine Impfung mit dem einzigen zugelassenen Impfstoff kostet 100 US-Dollar – unerschwinglich für krisen- und kriegsgeschüttelte Länder. Gleichzeitig legten die Aktien des – einzigen – Herstellers Bavarian Nordic aus Dänemark infolge des aktuellen Ausbruchs um mehr als 40 Prozent zu.

Auf Spendenbasis will die EU den betroffenen Ländern nun Impfstoffe gegen die neue Variante des Mpox-Virus zur Verfügung stellen. Die zugesicherten 215.000 Dosen sind allerdings nur rund ein Zehntel dessen, was allein in den afri-

Diskutiert werden sollte nicht die Infantilisierung Afrikas, sondern seine Dekolonisierung.

kanischen Staaten bis Ende des Jahres benötigt wird, erklärte das Center for Disease Control der Afrikanischen Union. Philanthropie kann die grundlegende Kluft zwischen dem monopolistischen Modell der Pharmaindustrie mit dem strikten Patentsystem und der Notwendigkeit lokaler Produktion nicht lösen. Wie schon während der Corona-Pandemie wird den Ländern des globalen Südens in neokolonialer Manier die Fähigkeit abgesprochen, die Impfstoffe selbst zu produzieren. „Eine lokale afrikanische Produktion des Impfstoffs sei aus technologischer Sicht nicht realisierbar“, heißt es von Bavarian Nordic. Eine Schutzbehauptung. Die alternative

Lobbygruppe Public Citizen hat schon vor über zwei Jahren recherchiert, dass die für die Mpox-Impfstoffproduktion benötigte Technologie bereits in mehreren Ländern des globalen Südens bei Masern-Impfstoffen eingesetzt wird und die Kosten bei nur vier US-Dollar pro Dosis liegen könnten. Voraussetzung wäre ein Technologietransfer und das Teilen geistiger Eigentumsrechte, wie dies mit offenen WHO-Lizenzen ermöglicht würde. Derzeit wird aber lediglich ein Modell diskutiert, in dem Impfstoffe in afrikanischen Ländern abgefüllt werden. Ayoade Alakija, Sonderbeauftragte der WHO, kritisierte dies schon während der Covid-Pandemie. „Diskutiert werden sollte nicht die Infantilisierung Afrikas, sondern seine Dekolonisierung.“

„Kein Land kann eine Insel für sich sein“, stellen die Länder Asiens und Afrikas schon bei der ersten postkolonialen Konferenz im indonesischen Bandung vor 70 Jahren fest. Als Antwort schlossen sich die Länder Europas zusammen und machten ihre Ausbeutungs- und Abschottungspolitik zum Programm. Der Mpox-Ausbruch böte für Deutschland und Europa die Möglichkeit, zumindest im Bereich der Gesundheitspolitik auf Augenhöhe zu agieren und das Wissen zur Produktion der Impfstoffe bereitzustellen. Verlorenes Vertrauen könnte wieder wettgemacht werden, indem sie über einen Pandemievertrag ein solidarisches, international koordiniertes Handeln bei Gesundheitskrisen ermöglichen. Viren kennen keine Grenzen.



Anne Jung war während der Corona-Pandemie eine gefragte Interview-Partnerin. Den Streit für eine gerechte Verteilung von Impfstoffen gibt sie auch heute nicht auf.

Antiauto- ritär

Wer Gehorsam verordnet, erntet auch Gegen-
wehr: Ein Schwerpunkt zu den Kämpfen gegen
rechte Regierungen und für die Verteidigung
von Solidarität

Nach dem Rücktritt von Premierministerin Sheikh Hasina erklettern Demonstranten die Statue ihres Vaters, Sheikh Mujibur Rahman, des ersten Premierministers des unabhängigen Bangladeschs.



Revolution!

Regierungsgebäude gestürmt, Regierungschefin
geflohen: Turbulente Zeiten in Bangladesch

Von Andreas Wulf

Es passiert nicht oft, dass ein geopolitisch so unbedeutendes Land in Südasien über mehrere Tage hinweg international Schlagzeilen macht. Der Erfolg der Proteste in Bangladesch, die schließlich zur Flucht der langjährigen, immer stärker autokratisch regierenden Ministerpräsidentin Sheikh Hasina und zum Einsatz einer Übergangsregierung unter dem mit dem Friedensnobelpreis geehrten Ökonomen und „Mikrokredit-Banker“ Mohammad Yunus führten, überraschten auch Kenner:innen der Region. Das Land war bislang vor allem wegen seiner Textilindustrie in den Medien, die die großen Modekonzerne in Europa und Nordamerika beliefert. Es ist daher kein Zufall, dass auch die Zeitschrift „Textilwirtschaft“ über die Proteste berichtet – bzw. über ihre Folgen: Da Textilarbeiter:innen im Kampf für höhere Löhne viele Textilfabriken in Bangladesch vorläufig stillgelegt haben, werde „Mode 2025 teurer“.

Das Aufbegehren einer neuen Generation von Studierenden, die im Juni gegen eine Bevorteilung der Kinder und Enkel der Unabhängigkeitskämpfer:innen aus den 1970er-Jahren auf die Straße gingen, weitete sich im Juli – nach massiven Angriffen von Polizei und Schlägertrupps der langjährigen Regierungspartei Awami League – zu Massenprotesten im ganzen Land aus. Mindestens 400 Tote und Tausende Verletzte binnen weniger Wochen waren zu be-

klagen. Nachdem das Militär der Ministerpräsidentin zu verstehen gegeben hatte, dass es für eine weitere Niederschlagung der Aufstände mit Waffengewalt nicht zur Verfügung stehe, zog sich die verhasste Tochter des Staatsgründers und „Vaters der Nation“ Sheikh Mujibur Rahman in letzter Minute ins indische Exil zurück. Kurz danach wurde ihr Regierungssitz gestürmt und geplündert.

Für die gestürzte Regierung ist klar, dass hinter all dem nur ihre politischen Rival:innen von der Bangladesh National Party (BNP) und die mit ihnen verbündeten islamischen Parteien stecken können. Tatsächlich hatte Sheikh Hasina, die als Studentenfürherin Anfang der 1980er-Jahre gegen die Militärregierungen gekämpft und bei der Demokratisierung eine wichtige Rolle gespielt hat, in ihrer zweiten Regierungsphase seit 2009 zunehmend ihre Herrschaft damit gesichert, alle realen und vermeintlichen Gegner:innen massiv zu verfolgen. Insbesondere führende Figuren der BNP wurden in politisch motivierten Prozessen wegen ihrer Beteiligung am Bürgerkrieg 1971 zum Tode oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Auch Mohammad Yunus wurde Opfer ihrer zunehmend paranoid erscheinenden Repression, ebenso der Gründer der großen medico-Partnerorganisation Gonoshasthaya Kendra (GK), Zafrullah Chowdhury. Der 2023 verstorbene



Feierstimmung in Dhaka.

Gesundheitsaktivist war ein ausgewiesener „Held des Befreiungskampfes“. Aus den Notfalllazaretten, die er in den blutigen Kriegsmotaten gründete, entstand später GK.

Chowdhury zog den Zorn von Sheikh Hasina auf sich, weil er öffentlich gegen die politisch motivierten Gerichtsverfahren protestierte. Sein öffentlicher Protest brachte die Behörden auch gegen seine Organisation auf. Erlebbar war das auch bei der vierten People's Health Assembly 2018: In den Nächten vor Beginn der Versammlung gab es Angriffe auf das Gelände GKs in Savar. Die Polizei ordnete schließlich an, dass „aus Sicherheitsgründen“ keine internationalen Gäste das Gelände betreten durften – während Hunderte bereits am Flughafen in

Dhaka angekommen waren. Erst nach stundenlangen Verhandlungen mit allen wichtigen zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen und den Polizeichefs wurde ein Kompromiss gefunden und die PHA konnte mit den verbliebenen Gästen in einem Konferenzzentrum in der Hauptstadt stattfinden.

Erst Aufschwung, jetzt Krise

Die Euphorie über das unerwartete Ende der autokratischen Herrschaft ist groß, auch bei den medico-Partner:innen. In einem ausführlichen Interview mit GK und der Textilarbeitergewerkschaft National Garment Worker Federation (NGWF) sprachen sie gar von einer „zweiten

Unabhängigkeit“ Bangladeschs. Diese neue Volte ist umso bemerkenswerter, weil die Regierung der Awami League in ihrer 15-jährigen Regierungszeit für ihre erfolgreiche Wirtschaftspolitik zunächst viel Lob und Unterstützung erhielt, sowohl international als auch im eigenen Land. Der Textilsektor mit Tausenden von Unternehmen und über vier Millionen Arbeitskräften (davon 70 bis 80 Prozent junge Frauen) ist das wichtigste ökonomische Standbein des Landes. Er bringt so viele Devisen, dass das Ende des Status von Bangladesch als einem der „least developed countries“ in Sicht war. Doch dann unterbrachen die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie die globalen Lieferketten. Von den plötzlich aufgekündigten Bestellungen der Multis und der daraus folgenden Rezession hat sich das Land bis heute nicht erholt. Stattdessen ist die Verschuldung gestiegen. Debatten der letzten Jahre drehten sich darum, ob eine „chinesische Schuldenfalle“ drohe, denn bei chinesischen Direktinvestitionen hält Bangladesch den zweiten Platz nach Pakistan. Diese stagnierende Wirtschaftsentwicklung und damit einhergehende steigende Arbeitslosigkeit waren wichtige Co-Faktoren der Proteste, betonten GK und NGWF einstimmig.

Die zunehmend repressive und autokratische Praxis im Land bekamen vor allem reale und vermeintliche Islamisten, separatistische Gruppen und die BNP zu spüren. Das berüchtigte Rapid Action Battalion (RAB), eine Sondereinheit von Polizei und verschiedenen Armeeeinheiten, wird für Tausende extralegale Ermordungen und Verschwindenlassen verantwortlich gemacht. Die Awami League sieht sich in der Tradition einer säkularen Partei (von ihrem Sozialismus der frühen Jahre ist außer dem Namen „Volksrepublik Bangladesch“ vor allem die Staatsbürokratie übriggeblieben) auch als Beschützerin der religiösen und ethnischen Minderheiten. Neben der großen

Mehrheit von 90 Prozent Moslems sind dies etwa neun Prozent Hindus und ein Prozent Buddhist:innen.

Die massiven Menschenrechtsverletzungen durch die staatlichen und parastaatlichen Organe brachten der Regierung von Sheikh Hasina allerdings nicht nur internationale Unterstützung im „Anti-Terror-Kampf“ ein. Denn die Repression weitete sich auch auf bekannte und im Westen geschätzte Kritiker wie Mohammad Yunus aus. Die USA beschlossen schließlich 2021 Sanktionen gegen die RAB und mehrere Führungspersonen. Auch die EU äußerte sich zunehmend kritisch. Deshalb hielt sich die Entrüstung über den Sturz der Regierung auch international stark in Grenzen. Der neue Interims-Regierungschef Yunus, dessen Grameen Bank von der alten Regierung mit Gerichtsverfahren wegen angeblicher Arbeitsrechtsverstöße überzogen wurde, bekommt von traditionellen Linken in der Region den Vorwurf zu hören, ein Agent des US-Imperialismus zu sein, der mit seinen Mikrokrediten das kapitalistische Unternehmertum für die Armen attraktiv machen will. Auch medico übte bereits bei der „Beyond Aid“-Konferenz vor zehn Jahren deutliche Kritik an den Mikrokrediten von Yunus, weil diese arme Menschen in die Schuldenfalle treiben und als letztes Glied in die globale Wertschöpfungskette einbinden.

Ein demokratischer Neuanfang?

Die medico-Partner:innen vor Ort sehen in ihm und der neuen Regierung, in der auch zwei studentische Vertreter:innen sitzen, dennoch den möglichen Garanten eines demokratischen Neuanfangs. Tatsächlich hat die traditionell starke Zivilgesellschaft in Bangladesch unter der Repression der abgesetzten Regierung massiv gelitten. Ob ihre Euphorie über den Regimewechsel anhält und Früchte trägt, müs-

sen die nächsten Wochen und Monate zeigen. Problematisch könnte werden, dass beide Großparteien auf einen raschen Termin für Neuwahlen drängen, um zurück an die Macht zu kommen. Andere Stimmen halten eine längere Übergangszeit für notwendig, um strukturelle Änderungen in den staatlichen Behörden und Institutionen zu ermöglichen. Auch wenn sie nur ein Anfang sind, lassen erste Rücktritte bei der Zentralbank, den Universitäten und Gerichten auf eine solche Entwicklung hoffen. Aktuell werden auch Parteiverbote gegen islamische Parteien, die die Regierung von Sheikh Hasina zu Beginn ihrer Herrschaft mit unbelegten Terrorismus-Vorwürfen verhängt hat, zurückgenommen.

Die Glaubwürdigkeit eines Neuanfangs in Bangladesch wird sich aber auch daran messen lassen müssen, dass die Rechte aller im Land respektiert und geschützt werden. Hierzu zählen auch die knapp eine Million geflüchteter Rohingyas aus Myanmar, die seit nunmehr sieben Jahren im Südosten des Landes in den weltweit größten Flüchtlingslagern leben. Trotz aller Unwägbarkeiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung ist der Mut und der Optimismus einer Bevölkerung, die ein verhasstes Regime zu Fall bringt, ein hoffnungsvoller Gegenpol zu den „shrinking spaces“, die in vielen autoritären Ländern längst zu „closed spaces“ geworden sind.

Die medico-Partnerorganisation Gonoshasthaya Kendra [GK] bildet seit Jahrzehnten Gesundheitsfachleute aus. Zurzeit erlebt Bangladesch eine der schlimmsten Überflutungen seit über 30 Jahren. Einmal mehr leisten die Kolleg:innen von GK unverzichtbare Nothilfe. Daneben unterstützt medico GK's Gesundheitsprogramme für Textilarbeiter:innen in den großen Fabriken rund um die Hauptstadt Dhaka. Mit der National Garment Workers Federation [NGWF] verbindet uns seit dem Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza 2013 der Kampf um die Rechte der Überlebenden, Arbeitsrechte im Textilsektor und die Kritik an den globalen Ausbeutungsketten der Industrie.

Spendenstichwort: Südasien



Andreas Wulf ist seit 25 Jahren im Bereich globale Gesundheitspolitik für medico aktiv. Aktuell betreut er außerdem die Partnerarbeit in Bangladesch und den Philippinen.

Weitermachen

Unter Bolsonaro kämpften die medico-Partnerorganisationen erfolgreich ums Überleben. Und heute?

Von Timo Dorsch und Jan Schikora

Vor knapp zwei Jahren wählte eine hauchdünne Mehrheit den rechts-autoritären Präsidenten Jair Bolsonaro ab. Ganz verschwunden ist der Politiker und sein politisches Erbe aus der brasilianischen Gesellschaft zwar nicht, immer wieder kommt es in den großen Städten zu Pro-Bolsonaro-Kundgebungen. Eine neuerliche Kandidatur wurde ihm jedoch gerichtlich bis 2030 untersagt, wegen Geldwäsche und anderen Straftaten laufen außerdem weitere Ermittlungen. Man könnte nüchtern meinen: Die Lage ist deutlich entschärft. Oder?

Ein Blick zurück: Bolsonaro gewann Ende Oktober 2018 die Präsidentschaftswahl. „Es wird eine Säuberung geben wie nie zuvor in diesem Land“, tönte er noch als Kandidat im Wahlkampf bei einer Veranstaltung vor berauschten Anhänger:innen in São Paulo. „Ich werde die Roten aus Brasilien wegfegen. Entweder sie verschwinden oder sie kommen ins Gefängnis.“ Bei anderen Gelegenheiten polemisierte er gegen sexuelle Minderheiten, Indigene, Schwarze und Frauen. Eine Woche später wählten ihn 58 Millionen Brasilianer:innen zum Präsidenten des bevölkerungsreichsten Landes auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Es folgten vier Regierungsjahre, über die heute noch gestritten wird, ob sie mit den Adjektiven neofaschistisch, rechtspopulistisch oder autoritär am besten beschrieben sind.

Dass die Ära Bolsonaro 2022 zumindest vorerst endete und ausgerechnet Ex-Präsident und Gallionsfigur Luiz Inácio da Silva, kurz Lula, von der Arbeiterpartei (PT) ihn ablöste, hat viel damit zu tun, dass Bolsonaro und seinen Gefolgsleuten in dessen Regierungszeit vielfältiger Widerstand entgegengesetzt wurde – vor allem von außerparlamentarischen Bewegungen und all jenen, die zur Zielscheibe von Diffamierungen, Ausgrenzung und Verfolgung wurden. Doch wie wehrt man sich effektiv gegen einen wahlweise rechtspopulistischen, autoritären oder neofaschistischen Präsidenten?

Die Isolierung verhindern

Eine Antwort findet sich im Fundus der Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Sem Terra (MST), deren Anfänge in der Ära des von Bolsonaro verherrlichten brasilianischen Militärregimes gründen und deren Verfolgung als „terroristische Gruppe“ er im Wahlkampf versprochen hatte. Im MST organisieren sich brasilienweit rund eine halbe Million kleinbäuerliche Familien. Dank massenhafter Landbesetzungen ist die Bewegung über die Landesgrenzen hinaus bekannt und hat mittlerweile ein weitverzweigtes Netz landwirtschaftlicher und agrarökologischer Kooperativen und Vereinigungen aufgebaut, das beträchtliche Erfolge

bei der alternativen Produktion von Nahrungsmitteln vorweisen kann. Ayala Ferreira gehört dem MST schon seit 22 Jahren an. Heute koordiniert sie auf Landesebene den Sektor Menschenrechte. „Als Bolsonaro an die Macht kam, galt es vor allem, eine politische Isolierung zu verhindern“, erinnert sie sich. „Wir haben deshalb bewusst weniger Landbesetzungen durchgeführt und stattdessen die Tore zu unseren Siedlungen geöffnet. Wir wollten demonstrieren, wie produktiv solidarische, kollektive Gesellschaftsformen sein können.“

Während der Pandemie, in der rund 700.000 Brasilianer:innen an Covid-19 starben, verteilte der MST in großem Stil Lebensmittelspenden: ein Gegenentwurf zu Ignoranz und Inkompetenz der Regierung, die die Pandemie zuerst verharmloste und dann völlig überfordert war. Auf

diese Weise hat die Bewegung viele Sympathien gewonnen, meint Ayala Ferreira. Gleichzeitig habe man sehr genau analysiert, wie die Privatmilizen des Agrobusiness im Verbund mit der Militärpolizei vor und bei Zwangsräumungen agierten. „Wir antizipierten, wie lange die Polizei brauchte, um anzukommen, wie groß ihre Einheiten waren und welche Wege sie benutzten. Straßenblockaden oder platte Reifen können dann sehr effektiv sein, um Zeit zu gewinnen und den Widerstand vor Ort zu organisieren“, erklärt die Menschenrechtskoordinatorin. „Das vereinzelt Individuum steht auf verlorenem Posten, die Kollektivität des Widerstands schützt.“ Eben deshalb habe der MST auch gezielt seine nationalen und internationalen Netzwerke erweitert und sich aktiv an den zivilgesellschaftlichen Massenmobilisierungen gegen Bolsonaro beteiligt.



„Mare will Frieden“ – Protestaktion gegen tödliche Polizeigewalt in der bekannten Favela, nördlich von Rio de Janeiro.

Selbstverteidigung und Straßenkampf

Eine andere Erfahrung des Überlebens und Kämpfens unter der rechtsautoritären Regierung kommt aus der Peripherie der Metropole São Paulo. Helena Silvestre, eine afroindigene Feministin und langjährige Aktivistin der urbanen Kämpfe um Wohnraum, hat 2019 – also schon unter Bolsonaro – das Kollektiv „Escola Feminista Abya Yala“ mitgegründet. „Das erste, was uns auffiel, war die neue Präsenz von Schlägertrupps und Neonazigruppen in den Straßen, die sich durch den Diskurs von Bolsonaro gestärkt sahen.“ Es habe regelrechte Jagden auf Aktivist:innen der Schwarzen Bewegung, auf Trans-Personen und queere Menschen gegeben. „Die enthemmte Gewalt war deutlich zu spüren.“ Angesichts der Gefahr zögerten die Stadtteilaktivistinnen nicht lange: Sie gründeten Selbstverteidigungsgruppen. Allein in der südlichen Peripherie von São Paulo stellten sich fünf Komitees den Neonazis entgegen. „Wir haben uns in Nahkampf geschult und versucht, die außerstaatlichen Strukturen in der Peripherie und den Gemeinschaften zu stärken – mitunter auch vergeblich“, so Silvestre. Die Hasstiraden des Präsidenten, der Einfluss der radikalen Pfingstkirchen, die Zunahme der Polizeigewalt mit Todesfolge, der massive Sozialabbau, die zunehmende Militarisierung und die Aushöhlung demokratischer Institutionen – all das habe dazu beigetragen, das soziale Gefüge zu zersetzen.

Helena Silvestre betont, dass dieses Unheil nicht erst mit Bolsonaro begonnen hat. Immerhin folgte dieser fast unmittelbar auf eine rund 14-jährige Phase von Linksregierungen unter der Ägide der PT, zunächst mit Lula an der Spitze, dann unter Dilma Rousseff. Der PT sei es anfangs zwar gelungen, mit umfassenden Sozialprogrammen soziale Missstände anzugehen. Doch strukturelle Veränderungen

habe es nicht gegeben, zumal die Regierung Allianzen mit der nationalen Bourgeoisie und transnationalen Kapitalfraktionen einging. „Das führte zu einer breiten Ermüdung der Menschen, angesichts eines Lebens ohne große Veränderungen und voller nicht erfüllter Versprechen“, resümiert sie.

Vor allem nach den breiten Protesten 2013 – zunächst gegen die Erhöhung der Nahverkehrspreise, zunehmend auch gegen Korruption, kapitalistische Auswüchse und urbane Segregationspolitiken, die im Vorfeld der Fußball-WM 2014 und der Olympischen Spiele enorm an Fahrt aufnahmen – sei die PT zur Ordnungspartei geworden. Mit den sich krisenbedingt verschlechternden Lebensbedingungen der Menschen seien neben Frust und Enttäuschung auch soziale Ängste gewachsen. Das, so Helena Silvestre, habe den Aufstieg Bolsonaros vom blassen Abgeordneten zum Präsidenten und den Erfolg autoritär-neoliberaler Verheißungen erst möglich gemacht. In der Krise verfielen die radikal vereinfachenden Diskurse, vermeintlich Schuldige für die Misere auszudeuten: all jene, die die „traditionelle Ordnung“ im Land in Frage stellten. Das Resümee Silvestres: „Nach all den Enttäuschungen über die Linksregierungen war dann auch niemand bereit, zu ihrer Verteidigung auf die Straße zu gehen.“

Gesiegt, aber nicht besiegt

Die Wahl von Lula im Oktober 2022 wurde dennoch von vielen als eine Art Rückkehr zur Demokratie empfunden. Entsprechend groß war die Erleichterung, auch bei Ayala Ferreira und Helena Silvestre. „Der Sieg von Lula war das Ergebnis einer breiten Mobilisierung, der Rückkehr auf die Straßen, wo wir der Rechten die Räume streitig machten“, erinnert sich die MST-Aktivistin. „Dennoch: Wir haben zwar gesiegt, aber wir haben sie nicht besiegt.“ Tat-

sächlich ist die Rechte um Bolsonaro weiterhin stark, besetzt viele wichtige öffentliche Ämter im ganzen Land und bestimmt die Geschicke des Kongresses. „Das parlamentarische Ermittlungsverfahren, das gegen den MST eingeleitet wurde, um uns terroristische Aktivitäten nachzuweisen, hat gezeigt, wie schwach die Regierungsbasis ist“, verdeutlicht Ayala, „auch die Gewalt gegen traditionelle Gemeinden und Aktivist:innen auf dem Land hat keineswegs abgenommen.“

Ähnlich sieht es Helena Silvestre, die daran erinnert, dass mit Geraldo Alckmin ein ausgewiesener konservativer Politiker das Amt des Vizepräsidenten bekleidet, in dessen Amtszeit als Gouverneur von São Paulo die oft tödliche Polizeigewalt besonders schlimme Ausmaße annahm. Ohnehin sei die Demokratie in Brasilien – gerade für die Schwarze Bevölkerung – ein Versprechen, das nie eingelöst wurde. „Natürlich habe ich Lula gewählt. Aber den Glauben an eine wirkliche Veränderung habe ich längst verloren. Im Gegenteil: Die Prekarisierung der Lebensverhältnisse wird immer brutaler“, so ihr düsterer Ausblick. „Irgendwann wird uns das ganze Land um die Ohren fliegen.“

Zwar ist die rechte Regierung erst einmal abgewählt und abgesetzt, doch gesellschaftliche Konflikte nehmen genauso zu, wie die Hürden für ein würdevolles und sozial abgesichertes Leben. „All das schafft einen Nährboden für die Rechte und ihren Autoritarismus – aber auch für neue Formen der Selbstorganisation“, fasst Silvestre ihre Gedanken zusammen. Denn gerade die Kämpfe um Wasser, Land, Wohnraum und Ernährung haben ihr zufolge in den letzten Jahren enormen Auftrieb erhalten.

Grundsätzlich mangle es jedoch an einem gesamtgesellschaftlichen Projekt, einer gemeinsamen Vision, da sind sich beide Aktivistinnen einig. Dennoch sei es wichtig, der extremen

medicos Partnerorganisationen in Brasilien streiten seit Jahrzehnten für Demokratie und soziale Rechte. In der Landlosenbewegung MST organisieren sich 1,5 Millionen Menschen, um auf besetztem Land ein Auskommen und ökologische Alternativen zur traditionellen Landwirtschaft zu schaffen. Die Escola Feminista Abya Yala, gegründet nach Bolsonaros Amtsantritt, versucht, das soziale Gefüge in den Randbezirken von São Paulo aufrechtzuerhalten und neue Verbindungen zu schaffen.

Spendenstichwort: Lateinamerika

Rechten und anderen konservativ beharrenden Kräften weiterhin die Stirn zu bieten. Nicht nur in Gestalt seiner drei ältesten Söhne, die allesamt politische Ämter bekleiden, sondern auch mittels einflussreicher Gefolgsleute wie dem aktuellen Gouverneur von São Paulo, Tarcísio de Freitas, bringt sich der Bolsonarismus wieder in Stellung. Die Gemeindewahlen im Oktober, bei denen auch die einflussreichen Bürgermeister von Metropolen wie São Paulo und Rio de Janeiro bestimmt werden, sind ein wichtiger Gradmesser dafür, was bei den nationalen Wahlen in rund zwei Jahren zu erwarten ist. Dass es dem Ex-Präsidenten nach wie vor gelingt, Tausende Anhänger:innen bei öffentlichen Kundgebungen – wie im Februar in São Paulo, oder im April in Rio – zu mobilisieren, sind eine Mahnung.



Jan Schikora (links im Bild) und Timo Dorsch bilden das Südamerika-Team bei medico. Jan Schikora lebte und arbeitete vorher in Zentralamerika. Timo Dorsch ist Mitherausgeber des Sammelbands „Geographien der Gewalt“, der die Funktionsweise der Gewalt in der Region ergründet.

Beeindruckend unbeeindruck

medico-Partner:innen gegen Autoritarismus.
Drei Beispiele

TÜRKEI

Der Einsatz der Rosa Women's Association für die Rechte von Frauen ist ein beständiger Kampf für Demokratie – und gegen Repression. 2018 wurde Rosa gegründet, als Nachfolgeorganisation von zwei selbstorganisierten Frauenverbänden, die das AKP-Regime zuvor verboten hatte. Nach weiteren Repressionswellen ist Rosa in der kurdischen Metropole Amed (Diyarbakır) aktuell die einzige verbliebene legale Organisation, die von Gewalt betroffene Frauen berät und unterstützt. Die Hatz des türkischen Staates hält dennoch an, jüngst wurden bei einer Razzia mehrere Aktivistinnen von Rosa verhaftet. Doch die Organisation ist gut vernetzt: Landesweit bekundeten 71 Frauenorganisationen ihre Solidarität. Und Rosa selbst rief zu der Social-Media-Kampagne #AllWomenProtestViolence auf: „Lasst uns diejenigen, die unser Handeln kriminalisieren und unsere Rechte delegitimieren wollen, daran erinnern, dass wir, die Frauen der Welt, gegen die Gewalt des Patriarchats zusammenstehen!“



Mit einer Spende unterstützen!

ÄGYPTEN

Das El Nadeem Center for the Rehabilitation of Victims of Violence ist immer schon mit staatlicher Repression konfrontiert: Seit 30 Jahren leisten die Mitglieder psychologische und rechtliche Unterstützung für Opfer von Folter und politischer Gewalt – so war es unter Mubarak bis 2011 und unter Mursi, so ist es seit 2013 unter al-Sisi. Doch der Druck ist gestiegen, die Unterdrückung der Zivilgesellschaft dramatisch. Längst ist Nadeem dabei selbst ins Visier der Behörden geraten. Zwischenzeitlich waren die Klinikräume geschlossen, heute werden sie intensiv vom Geheimdienst überwacht. Einige Mitglieder dürfen das Land nicht verlassen, gegen die Organisation wird aufgrund des „NGO-Gesetzes“ ermittelt, Bankkonten wurden eingefroren, das Finanzamt erhebt absurde Steuerforderungen. Doch die Politik der Einschüchterung schlägt fehl: Die Kolleg:innen machen weiter – obwohl sie davon ausgehen, dass das autokratische System fürs Erste fortbestehen wird. „Wir planen unsere Arbeit fortzusetzen, bis wir aus Gründen, die sich unserem Willen entziehen, dazu nicht mehr in der Lage sein werden“ – so klingt das in ihren Worten.

GUATEMALA

„Die Kampagnen gegen politisch organisierte Gruppen und Einzelpersonen, ihre Verfolgung und Einschüchterung erinnern an Operationen aus Zeiten der Diktatur.“ So beschreibt Prensa Comunitaria, eine unabhängige Medienplattform, die an der Seite sozialer Bewegungen und indigener Communitys steht, den politischen Rollback der vergangenen Jahre. Der „Pakt der Korrupten“, so die landläufige Bezeichnung für die rechten Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, hat rechtsstaatliche Prinzipien abgebaut und die Zivilgesellschaft massiv unter Druck gesetzt. Und doch unterschätzte er deren Widerstandsfähigkeit. Völlig überraschend votierte die Bevölkerung bei der jüngsten Wahl mehrheitlich für die sozialdemokratische Partei Movimiento Semilla. Und ebenjene Bevölkerung erhob sich, als die Eliten die Amtsübernahme der neuen Regierung mit allen Mitteln zu vereiteln versuchten. Es kam zu landesweiten Protesten und Blockaden, ein Staatsstreich von rechts wurde abgewehrt. Doch die Situation bleibt fragil – und Gegenöffentlichkeit, wie sie Prensa Comunitaria leistet, unerlässlich.



Lobby gegen Menschenrechte

Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen sich gegen Angriffe von rechts wappnen. Auch hierzulande

Von Ulli Jentsch

Als „Abkehr vom Humanismus“ beschrieb Joël Glasman kürzlich die Angriffe seitens illiberaler, autokratischer Regime auf die humanitäre Arbeit von NGOs. Organisationen, die Menschenrechte schützen und verteidigen, sind längst zur Zielscheibe rechter Akteure geworden, weil sie deren nationalistischen Bestrebungen entgegenstehen. Da rechte Parteien, Denkfabriken und Medien bis hin zu extrem rechten Gruppen zunehmend Einfluss auf das Politikgeschehen nehmen oder gar Regierungen bilden, müssen wir der Frage nachgehen: Was ist konkret unter der Abkehr vom Humanismus zu verstehen und wie erfolgt er?

Glasman identifiziert drei talking points rechter Akteure, um humanitäre Arbeit zu diffamieren. Erstens werden die Vereinbarungen des internationalen Rechts angefochten, zweitens die Budgets humanitärer Organisationen gekürzt und drittens humanistische Einstellungen auf der Ebene des politischen Diskurses insgesamt delegitimiert. Strategien, die aus den Auseinandersetzungen um die Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre bekannt sind.

Zielscheibe Entwicklungshilfe

Mit dem verbalen Kulturkampf gegen die humanitäre Arbeit gehen zunehmende Repressalien auf vielen Ebenen einher – was in Europa beispielhaft im Grenzregime zu beobachten ist. Am Ende solcher Attacks steht immer wieder das vollständige Verbot von NGOs als „ausländische Agenten“. Das hat Russland gegen antirassistische und regierungskritische Organisationen vorgemacht, Ungarn und Italien, Ägypten und lateinamerikanische Länder haben es kopiert. Und auch in Deutschland hören wir ähnliche Töne bereits seit Jahren, um Initiativen gegen rechts genauso wie Hilfsangebote für Geflüchtete oder Solidarität mit queeren Initiativen mundtot zu machen.

Dabei geht es der extremen Rechten nicht um die Kritik einzelner, zweifelhafter Maßnahmen, wie etwa der notorische Hinweis auf die Verausgabung deutscher Steuergelder für Fahrradwege in Peru weismachen will. Solch propagandistische Chiffren werden nur eingesetzt, um die Vorstellung einer globalen linken, „woken“ Ideologie zu beschwören, die sich gegen die nationalen Interessen Deutschlands richtet.

Ein führender Außenpolitiker der AfD formulierte es so: „Entwicklungshilfe ist ein milliardenschweres Geschäft mit dem moralischen Pflichtgefühl anständiger deutscher Bürger. Die politische Linke hat [...] Schuldmythen erfunden, damit sich die westlichen Gebergesellschaften schuldig fühlen. Diese sind die drei Ks der Entwicklungshilfepolitik: Kolonialismus, Kapitalismus und Klimawandel.“ Im Europawahlkampf forderte nicht nur die extreme Rechte die komplette oder teilweise Streichung der Mittel oder die Eingliederung der Entwicklungszusammenarbeit in das Außenministerium – Letzteres ein Vorschlag, den die FDP gerade erst im Ampel-Kabinett gemacht hat.

Dieser Gleichklang zwischen rechtsliberalen und extrem rechten Forderungen ist nicht überraschend. Die internationale Entwicklungszusammenarbeit – aber auch andere Ausgaben für humanitäre Ziele – wird vordergründig aus ökonomischen Gründen zum Ziel von Austeritäts- und Sparpolitik. Dabei behaupten die Kritiker:innen aber im gleichen Atemzug die völlige Sinnlosigkeit bestimmter Maßnahmen oder die angeblich fehlende Kontrolle der in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Organisationen, deren mangelhafte Unterordnung unter die Generallinien der Außenpolitik und Verschiedenes mehr. Ebenso wie in der europäischen Migrationspolitik verwenden Union und FDP auch in der Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit gerne Stichworte der AfD. So wie eben die besagten Radwege in Peru, die als Pseudo-Skandal von der ehemaligen AfD-Bundestagsabgeordneten Jovana Cotar in die Welt gesetzt wurden.

Angriffe auf allen Ebenen

Menschenrechtsarbeit bedeutet in vielen Ländern auch den Kampf für die juristische Aner-

kennung und die institutionelle Verankerung der Rechte von Schwächeren. Die globale Rechte führt ihre Kämpfe daher auch auf dieser Ebene seit Jahren mit hohem finanziellem und personellem Einsatz, um Menschenrechte und individuelle Freiheiten zu beschneiden. Finanzkräftige Organisationen, oftmals mit christlich-fundamentalistischem Hintergrund, richten ihre Aktivitäten schon seit vielen Jahren international aus. Sie verfügen auch über europäische Ableger, die in Brüssel, bei der EU,

Ebenso wie in der europäischen Migrationspolitik verwenden Union und FDP auch in der Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit gerne Stichworte der AfD.

OECD oder dem Europarat Lobbyarbeit betreiben. Selten geschieht dies so offensichtlich wie im November letzten Jahres durch das extrem rechte Political Network for Values, das am Hauptsitz der UNO in New York die „Rettung der wirklichen Menschenrechte“ gegen die reproduktiven Rechte von Frauen und die sexuelle Selbstbestimmung von LGBTIQ+-Personen beschwor. Hauptsponsorinnen des repräsentativen Events waren ausgerechnet die Regierungen Ungarns und, mittlerweile abgewählt, Guatemalas. Zwei Länder, in denen Menschenrechte stark gefährdet sind.

Auch auf kommunaler Ebene werden jene Initiativen und Menschen immer mehr bedrängt, die sich für demokratische und humanitäre Anliegen engagieren. Die Angriffe der AfD auf lokale Zivilgesellschaften, die als linksextrem denunziert werden, basieren auf der gleichen Abkehr vom Humanitarismus, die global gegen

NGOs in Stellung gebracht wird. Verbunden werden die Ebenen durch die Verschwörungsidee, es gebe einen überall agierenden „Globalismus“, der im Hintergrund die Fäden ziehe.

Selbst wenn die extreme Rechte nicht in direkte Regierungsverantwortung kommt, wird das politische Umfeld für eine menschenrechtsorientierte Arbeit global und lokal rauer. Die Entwicklungszusammenarbeit wird verstärkt Angriffen auf der juristischen, der finanziellen und der diskursiven Ebene ausgesetzt sein. Es ist lokal und global die gleiche extreme Rechte, die den Schutz und die Verteidigung der Menschenrechte erschwert und den Einsatz für humanitäre Ziele kriminalisieren möchte. Eine widerständige Praxis gegen rechts sollte diese Ebenen daher gleichermaßen im Blick behalten. Eine gründliche Beobachtung der Allianzen und Forderungen der globalen extremen Rechten hilft, deren Dynamik zu verstehen und sich rechtzeitig gegen Angriffe aus dieser Ecke zu wappnen.

Wir sollten versuchen, von jenen zu lernen, die aktuell der extremen Rechten widerstehen oder ihre destruktive Macht bereits erfolgreich zurückgedrängt haben.

Die autoritäre Rechte führt dort, wo sie in Regierungsverantwortung steht, ein hartes Regime gegen Organisationen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind oder sich der Verteidigung menschenrechtlicher Standards verschrieben haben. Es gibt keinen Grund, dass dies nicht auch in Deutschland und Europa zunehmend so sein wird. Wem eine an Menschenrechten und Emanzipation orientierte Politik wichtig ist, der oder die

muss sich daher den Machtansprüchen der Globalen Rechten entgegenstellen. Dabei sollten wir versuchen, von jenen zu lernen, die aktuell der extremen Rechten widerstehen oder ihre destruktive Macht bereits erfolgreich zurückgedrängt haben. Wir haben die große Chance, Erfahrungen emanzipativer, linker, feministischer Bewegungen in Polen, in Brasilien, in Italien oder in Argentinien und anderswo zum Vorbild zu nehmen.



Ulli Jentsch ist Journalist und Forscher. Seit Jahrzehnten ist er in der antifaschistischen internationalen Zusammenarbeit aktiv, in deren Zentrum aktuell die europäischen und globalen Beziehungen und Strategien der AfD stehen.



Foto: picture alliance / SZ Photo | Catherine Hess

NETZWERKE GEGEN RECHTS

Spätestens seit der CORRECTIV-Recherche über die „Remigrationspläne“ der AfD sowie im Kontext der Wahlen 2024/25 in Deutschland, Europa und den USA nimmt das Interesse am Agieren rechter Netzwerke zu.

Extrem rechte Parteien und Bewegungen, Medien und gewalttätige Gruppen haben inzwischen vielerorts Einfluss auf die Politik. In den vergangenen Jahren konnten wir eine globale Vernetzung zwischen diesen Akteuren beobachten. Immer öfter wird über Medien, Konferenzen oder Partnerschaften berichtet, die die immer gleichen, rechten Narrative verbreiten: gegen Migration und Feminismus, Leugnung des Klimawandels, Kampf gegen die Linke.

Möglich wird die Berichterstattung darüber auch durch die Arbeit aktivistischer Netzwerke, die außerparlamentarische Umtriebe der AfD aufdecken und internationale Verbindungen sichtbar machen. medico unterstützt bereits seit 2022 das Monitoring rechter Strukturen in Deutschland, Europa und weltweit – aktuell mit dem Projekt „Research Against Global Authoritarianism“. Die Recherchen stärken die solidarische, menschenrechtsorientierte Öffentlichkeit gegen die Aktivitäten der extremen Rechten.

Spendenstichwort: Menschenrechte

”

Eigent-
lich kom-
men wir
immer zu
spät

Wie funktioniert Hilfe inmitten von Klimakatastrophe, Autoritarismus und Repression? Fragen an die philippinische Aktivistin Rosalinda Tablang

Im Juli fegte der Taifun Gaemi über die Philippinen hinweg. Der Sturm löste Überschwemmungen, Erdbeben und Sturzfluten aus, über 200.000 Menschen wurden obdachlos. Wie leistet ihr in solchen Situationen Hilfe?

Nach Carina, so der lokale Name für diesen Taifun, haben wir unter anderem in dem von starken Überschwemmungen betroffenen Großraum Manila Nothilfe in marginalisierten Gemeinden organisiert. Unsere Mitglieder haben Familien mit dem Nötigsten versorgt, Essens- und Hygienepakete verteilt und sich um Notunterkünfte gekümmert. Zwar ist das Hochwasser inzwischen zurückgegangen, aber die Auswirkungen sind überall noch zu spüren. Es sind auch diesmal wieder die am meisten verwundbaren Menschen, die die Hauptlast tragen und auf sich allein gestellt bleiben. Eigentlich kommen wir mit unserer Nothilfe immer zu spät.

Wie meinst du das?

Wir verfügen nur über geringe Ressourcen und müssen in akuten Notfällen finanzielle und materielle Mittel erst zusammenbringen. Vor allem aber liegt in unserem Ansatz die Priorität darauf, durch gemeindeorientierte Katastrophenvorsorge Notsituationen möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen. Wir wollen die Fähigkeiten der Communitys stärken, sich vor Katastrophen und ihren Folgen zu schützen. Hier, auf Ebene der Gemeinden, liegt die erste Verteidi-

gungslinie. Angesichts der Zunahme von Katastrophen sind wir aber immer stärker in der Nothilfe gefordert. Unsere Arbeit wird zudem dadurch eingeschränkt, dass es im Land ernsthafte Menschenrechtsprobleme gibt. Unsere Möglichkeiten, als zivilgesellschaftliches Netzwerk Hilfe zu leisten, schrumpfen immer weiter.

Bleiben wir zunächst bei der Zunahme katastrophischer Wetterereignisse. Kaum eine Gegend der Welt ist der Klimakrise so ausgesetzt wie die philippinischen Inseln. Laut Greenpeace Philippines befindet sich das Land längst in einem permanenten Klima-Notstand. Was bedeutet das für eure Arbeit?

Im Grunde müssten wir unsere Anstrengungen verdoppeln, um finanzielle und materielle Ressourcen für die betroffenen Gemeinden zu beschaffen. Aber wir wissen, dass Nothilfemaßnahmen die Probleme nicht lösen können – schon gar nicht, solange so viele Menschen in unserem Land von chronischer Armut betroffen sind. Es gibt unzählige Communitys in gefährdeten Lagen, die einfach nicht die Ressourcen haben, Katastrophen zu bewältigen oder sich im Vorfeld besser zu schützen. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt unter dem Existenzminimum. Für diese Familien ist es schwierig bis unmöglich, Katastrophen vorzubeugen und sie zu bewältigen. Die Lage spitzt sich noch dadurch zu, dass viele Regierungsprogramme zulasten von Umweltsicherheit und dem Schutz der Bevölkerung gehen.

Kannst du das genauer erklären?

Zum Beispiel verursacht der Abbau von Rohstoffen erhebliche Schäden an unserer Umwelt und damit für die Menschen, die dort leben. Anderorts werden landwirtschaftliche Flächen im Zusammenspiel von Grundstücksmagnaten und Politikern in private Wohnprojekte oder Gewerbegebiete umgewandelt – auch das hat Folgen für den Katastrophenschutz. Der jüngste Taifun hat in der Provinz Bulacan zu massiven Überschwemmungen geführt. Vermutlich wäre das nicht in dem Maß geschehen, wären für den Bau eines Flughafens nicht landwirtschaftliche Flächen umgewidmet und damit die Bodensstruktur und der Flusslauf verändert worden. Abgesehen davon sind für das Flughafenprojekt viele Gemeinden umgesiedelt worden. Es gibt auf den Philippinen zahlreiche Fälle von solchen aggressiven Entwicklungsprojekten.

Seit zwei Jahren ist Marcos Junior, der Sohn des ehemaligen Diktators, Präsident. Er hat damit geworben, eine Politik für die einfache Bevölkerung zu betreiben und die Menschenrechte zu achten.

Unter der Marcos-Regierung werden aggressive und zerstörerische Entwicklungsprojekte fortgesetzt. Aktuell wird der nationale Haushalt für das nächste Jahr verhandelt. Ein beträchtlicher Teil soll in den Bau von Straßen und Brücken fließen. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wird als Voraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung gepriesen. Aber man muss fragen, wer wirklich davon profitiert. Das sind eben nicht die einfachen Leute. Es sind Unternehmen und Konzerne, die auf den Straßen ihre Produkte transportieren und so den Abbau vom Rohstoffen vorantreiben. Zum Zweiten ist der Straßenbau ein äußerst korruptes Feld. Man kann davon ausgehen, dass 30 Prozent der Budgets in den Taschen von Politikern landen. Die Regierung hat noch bis vor Kurzem damit geprahlt, dass sie rund vier Milliarden US-Dollar für 5.500 Hochwas-

serschutzprojekte bereitgestellt habe. Bei dem jüngsten Taifun war davon nichts zu spüren. Jetzt wird untersucht, wohin die Gelder stattdessen geflossen sind. Solche Untersuchungen führen aber nicht dazu, dass Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen und Veränderungen eingeleitet werden. Präsident

Es ist eine politische Frage, ob sich Menschen vor der Klimakrise schützen können. Der Verweis auf ihre Unabänderlichkeit dient der Regierung als Ausrede, um sich der Verantwortung zu entziehen.

Marcos beruft sich immer wieder auf die Unabänderlichkeit des Klimawandels. Dieser ist zwar unbestreitbar. Aber welche Schäden er anrichtet und ob sich die Menschen vor extremen Wetterereignissen schützen können, ist eine politische Frage. Der Verweis auf die Unabänderlichkeit der Klimaveränderung dient der Regierung also als bequeme Ausrede, um sich der Verantwortung zu entziehen und von ihrer anhaltenden politischen Fahrlässigkeit abzulenken.

Wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass Marcos Jr. die Wahlen 2022 gewann? Sein Vater Ferdinand Marcos hat einst über das Kriegsrecht regiert, bis er 1986 von einer breiten Protestbewegung gestürzt und aus dem Land gejagt worden ist. Sind die Korruption und die schweren Menschenrechtsverletzungen der Marcos-Dynastie vergessen?

Es gibt mehrere Gründe für den Sieg von Marcos Junior. Schon bald nach dem Sturz seines Vaters legten die Nachfolgeregierungen viel Nachsicht an den Tag. Nur fünf Jahre nach ihrer Flucht wurde den Marcos gestattet, auf die Phi-

lippinen zurückzukehren. Das taten sie dann auch bald, als noch immer mächtigste Familie des Landes. Seither bereiten sie die Rückkehr an die Regierung vor. Hierzu zählt, die Geschichte systematisch umzuschreiben: Plötzlich gelten die Jahre des Kriegsrechts als „goldenes Zeitalter“. Infrastrukturprojekte jener Ära wurden in den Vordergrund gerückt, Unterdrückung und Korruption heruntergespielt. All das ist glatter Geschichtsrevisionismus, aber eben durchaus erfolgreich. Ob Marcos Jr. bei der Wahl dann tatsächlich die meisten Stimmen erhalten hat und wie fair diese abgelaufen sind, ist umstritten. Viele Expert:innen verweisen auf die verdächtig hohe Wahlbeteiligung und die schnelle Auszählung der Stimmen. Es gibt auch Berichte darüber, dass Stimmen gekauft worden sind. Aber es ist auch so, dass viele Leute den Versprechungen von Marcos Jr. geglaubt haben.

Er hat zum Beispiel versprochen, den Preis für ein Kilo Reis auf 20 Pesos zu senken.

Ja – und heute kostet ein Kilo Reis 60 Pesos. Er hat vieles versprochen. In seiner ersten Rede an die Nation kündigte er an, dass „morgen ein besserer Tag“ für die Beschäftigten im Gesundheitswesen sein werde. Er behauptete, im ganzen Land Einrichtungen der medizinischen Grundversorgung bauen zu lassen. Er versprach eine kostenlose Gesundheitsversorgung für alle. Nichts davon hat er eingehalten. Nach jüngsten Angaben des Gesundheitsministeriums gibt es in vier von zehn Gemeinden noch immer keine Gesundheitsversorgung. Nach den neuesten Zahlen des Gesundheitsministeriums gibt es in 16.231 der 42.046 Gemeinden des Landes noch immer keine Basisgesundheitsstationen. Und noch immer muss man selbst in öffentlichen Einrichtungen medizinische Leistungen aus eigener Tasche zahlen – oder darauf verzichten, weil man sie sich nicht leisten kann. Worte und Taten stimmen nicht überein.



Rosalinda Tablang ist Direktorin und Nothilfe-Koordinatorin der medico-Partnerorganisation Samahang Operasyong Sagip (SOS). Dem Netzwerk gehören knapp ein Dutzend Mitgliedsorganisationen an, vorwiegend aus dem Gesundheitssektor, darunter Gewerkschaften, die nationale Organisation der Krankenschwestern und Organisationen von Medizinstudierenden. Landesweit kümmern sie sich um gemeindeorientierte Katastrophenvorsorge, Zugang zu Gesundheitsversorgung, Nothilfe und Wiederaufbau in und nach akuten Krisen.

Nehmen die Menschen diesen Widerspruch denn wahr?

Viele sind desillusioniert und bereuen, dass sie Marcos Jr. ihre Stimme gegeben haben. Sie fühlen sich betrogen. Das Problem ist aber, dass er sich weiterhin als Problemlöser inszeniert. Tatsächlich tut er aber etwas anderes: Die Regierung geht gegen alle vor, die es wagen, sie zu kritisieren. Hierbei nutzt sie Gesetze, die unter den Vorgängerregierungen erlassen worden sind. Von 2020 stammt ein sogenanntes Anti-Terror-Gesetz, das so unklar formuliert ist, dass man damit alle unbeque-

men oder kritischen Stimmen in einen Topf werfen, abstempeln und anklagen kann. Daneben gibt es das Gesetz zur Verhinderung der Finanzierung von Terrorismus. Es wird vor allem gegen Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen verwendet, die sich für Hilfe, Umweltschutz oder Menschenrechte einsetzen und marginalisierte Communitys unterstützen. Auf Grundlage des Gesetzes ließ der nationale Anti-Terrorismus-Rat zum Beispiel die Gelder des Citizens' Disaster Response Net-

Jegliche Formen von Aktivismus oder zivilgesellschaftlichem Engagement können zum Terrorismusvorwurf führen. Wir weigern uns aber, uns von der Angst überwältigen zu lassen.

work, der Rural Missionaries of the Philippines und der Bauernorganisation Amihan einfrieren. Gleichzeitig werden Vorstandsmitglieder dieser Organisationen ins Visier genommen. Die Gesetze dienen als Waffe, um unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung Aktivist:innen und Organisationen der Zivilgesellschaft anzugreifen.

Von Regierungskritik zum Terrorismus ist es ja ein unendlich weiter Weg. Wie funktioniert diese Verknüpfung?

Es gibt die Strategie des „Red-Tagging“ – man wird als „Rot“ markiert. Das heißt, dass das kritische Engagement von Einzelnen oder von Organisationen in die Nähe der Kommunistischen Partei der Philippinen oder anderen revolutionären Gruppen gerückt wird. Von da ist es dann nicht mehr so weit zum Terrorismusvorwurf. Alle Regierungen der jüngsten Zeit ha-

ben diese Strategie angewendet. Jegliche Formen von Aktivismus oder zivilgesellschaftlichem Engagement können zum Terrorismusvorwurf führen. Vor einigen Jahren traf es zum Beispiel die „Alliance of Health Workers“.

Inwiefern ist das SOS-Netzwerk und bist du persönlich davon betroffen?

Unsere Absicht ist es, Menschen in Not zu unterstützen. Damit befinden wir uns in einer Situation, in der wir jederzeit überwacht oder als Terrorist:innen bezeichnet werden oder sogar beschuldigt werden können, revolutionäre Gruppen zu unterstützen. Mit dem Citizens' Disaster Response Network, dessen Gelder aufgrund solcher Vorwürfe eingefroren wurden, arbeiten wir zum Beispiel eng zusammen. Insofern ist die Bedrohung real und spürbar.

Ihr leistet Hilfe, die der Staat den Menschen verweigert. Würdet ihr nur humanitäre Hilfe leisten und ansonsten schweigen, wäret ihr vermutlich sicherer...

Vermutlich. Wir sind aber überzeugt, dass Nothilfe nur vorübergehend hilft und keine Probleme lösen kann. Es ist wichtig, dass die Gemeinden sich vorausschauend und eigenständig für drohende Katastrophen wappnen. Und das kollidiert nicht zuletzt, wie ich vorhin beschrieben habe, mit den Entwicklungsprojekten des Staates. Es ist Teil unserer Arbeit, die politischen Forderungen der Betroffenen vernehmbar zu machen und die politischen Verantwortlichen damit zu konfrontieren. Wir weigern uns, uns von der Angst überwältigen zu lassen. Zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen setzen wir uns zur Wehr, nicht zuletzt mit juristischen Mitteln. So haben wir Fälle von Red-Tagging vor den Obersten Gerichtshof gebracht, um die Anschuldigungen anzufechten. Das hat mitunter Erfolg. Vor kurzem hat der Oberste Gerichtshof zugunsten einer Person entschieden, die als

Terrorist gebrandmarkt war. Diese Entscheidung macht Mut.

Juristische Auseinandersetzungen sind langwierig und ihr Ausgang ist ungewiss. Wie könntet ihr euch ansonsten schützen?

Alle Organisationen sind gefordert, sich möglichst gut vor staatlichen Angriffen zu schützen. Auch wir tun das. Hierzu gehört, dass wir uns noch stärker vernetzen. Bündnisse, die geeint auftreten, bieten Schutz. Daneben setzen wir auf Lobbyarbeit, Massenbewegungen und öffentliche Proteste. Wir klären weiterhin auf, organisieren Kundgebungen und stellen das Anti-Terror-Gesetz und andere repressive Maßnahmen infrage. Dabei hoffen wir sehr, dass internationale Geber uns weiterhin zur Seite stehen. Neben finanzieller Unterstützung brauchen wir auch moralische und politische Solidarität. Sie ist von großer Bedeutung, da wir nicht nur mit katastrophenbedingten Herausforderungen, sondern auch mit politischer Repression konfrontiert sind.

Wie schafft ihr es, angesichts all dieser Härten eure Arbeit fortzusetzen?

Was mir Hoffnung gibt, sind die Reaktionen der Menschen, denen wir helfen. Sie werden ausgegrenzt und unterdrückt und sollen mit ihren Problemen allein fertig werden. Aber sie verhalten sich nicht wie Opfer. Stattdessen sind sie aktiv daran beteiligt, mit ihren Mitteln Katastrophenvorsorge zu betreiben und die Folgen von bisherigen Katastrophen gemeinsam zu bewältigen. So werden wir mehr. Trotz der Versuche der Regierung, uns zu diskreditieren, unterstützen uns die Gemeinschaften, mit denen wir arbeiten. Und das ist das Wichtigste.

Das Interview führten Karoline Schaefer und Tim Thiessen.

medico aktiv

Make Freedom Ring

Gaza-Benefizkonzert in München



oto:Stephan Höck

Volles Haus beim Solidaritätskonzert.

Um Solidarität mit den Menschen in Gaza zu zeigen und die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand zu bekräftigen, kamen mehr als 400 Besucher:innen in der Sendlinger Himmelfahrtskirche in München zu einem klassischen Konzert von „Make Freedom Ring“ zusammen. Das Kollektiv versteht sich als loses Netzwerk von Musiker:innen, aber auch anderen Kunstschaffenden. Es hat sich zur Aufgabe gemacht, auf die aktuelle humanitäre Katastrophe in Gaza hinzuweisen und mittels Benefizkonzerten für Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen Geld zu sammeln. In München gingen die Gelder dankenswerterweise an die Gaza-Nothilfepartner:innen von medico. Professor:innen der Hochschule für Musik und Theater München, Preisträger:innen internationaler Musikwettbewerbe und Mitglieder Münchner Orchester gestalteten das Konzert gemeinsam. medico-Geschäftsführer Tsafrir Cohen ergänzte das Programm durch ein empathisches Plädoyer für einen universalistischen Menschenrechtsbegriff.

Resist. Defend. Protect.

Tagung zu psychosozialer Arbeit

Die autoritären Verschiebungen in Deutschland und in der Welt stellen auch die psychosoziale Arbeit mit Geflüchteten vor existenzielle Fragen: Wie sich wehren gegen Angriffe von rechts? Wie Schutzräume aufbauen und erhalten? Diese und andere Fragen wurden auf der von medico und der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) organisierten Fachtagung „Resist. Defend. Protect.“ diskutiert. Ulrike Kluge von der Charité Berlin brachte das Gefühl der Ohnmacht und Verzweiflung auf den Punkt, das die rund 200 anwesenden psychosozialen Behandler:innen gut kennen: „Es ist zum Heulen.“ Die Psychologin Lucía Muriel fand trotz aller Rückschläge machtvolle Worte für das Weitermachen: „Wir können unsere Klient:innen angesichts der Brisanz von Entmenslichung, kollektiver Entwürdigung, Vertreibung und Genoziden mit den einheimischen Traditionen des Schweigens nicht alleinlassen. Das würde bedeuten, Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, obwohl wir es heute – zum Glück – besser wissen.“ medico-Kollegin Usche Merk erinnerte an die psychosozialen Ansätze, die als Reaktionen auf Jahrzehnte der Gewalt entwickelt worden sind – im Kampf gegen Militärdiktaturen, Bürgerkriege oder extraktivistische Verwüstungen. Sie bilden ein Fundament, um Geflüchtete und all jene psychosozial zu begleiten, die sich heute gegen rechts wehren. Sie ermöglichen es, eine solidarisch-empathische Haltung zu etablieren, die überdauert.



Spenden dank Satire El Hotzo verlinkt auf medico

Unerwartet wurde medico in den medialen Wirbel um das Attentat auf Donald Trump hineingezogen. Der deutsche Satiriker, Influencer und Podcaster Sebastian Hotz – durch seine satirischen Beiträge auf Social Media als „El Hotzo“ bekannt – drückte in mehreren Tweets sein Bedauern aus – allerdings nicht über den Anschlag, sondern über dessen Scheitern. Dafür fing er sich erwartungsgemäß einen Shitstorm ein, der ungeahnte Wellen schlug. Das Ganze wurde zum Staatsakt, als Elon Musk (Eigentümer von X) Bundeskanzler Olaf Scholz auf X verlinkte und sich kritisch über El Hotzos Beitrag äußerte. Der RBB, für den El Hotzo einen Podcast produzierte, kündigte daraufhin dessen sofortige Einstellung an. Ein Link, hinter dem El Hotzo im Gegenzug eine ausführliche Stellungnahme zu den Vorfällen versprach, führte Hunderttausende Interessierte direkt zum Spendenformular von medico. Dank dieser Aktion erhielt medico innerhalb von 24 Stunden fast 10.000 Euro an Spenden. Wir sagen Danke und sind überzeugt denn je: Satire darf alles.

Spenden & Stiften

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung: medico und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unsere Arbeit solidarisch unterstützen. Vielen Dank!

Spende an „medico international“ – da, wo es am nötigsten ist, oder mit einem themenbezogenen Spendenstichwort.

Spendenaktionen selber planen und im Freundeskreis sammeln oder **Spenden verschenken!**

Spendenquittungen stellen wir ab 50 Euro automatisch aus.

Ausführliche Informationen finden Sie unter: **medico.de/spenden**

FÖRDERMITGLIEDSCHAFT: Ihre Fördermitgliedschaft ermöglicht es uns, mit unseren Partnerorganisationen weltweit langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken.

medico.de/foemi

STIFTER:IN WERDEN: Mit einer Zustiftung oder einem Darlehen an die medico-Stiftung ist Ihr Geld solidarisch im Einsatz und sichert die Unabhängigkeit von medico. Die Stiftung fördert aus ihren Erträgen jährlich viele Partnerorganisationen des medico-Vereins.

stiftung-medico.de

TESTAMENTSSPENDE: Sie können sowohl den Verein als auch die Stiftung medico international testamentarisch oder durch eine Zuwendung aus ererbten Vermögen bedenken. Beide medico-Organisationen sind gemeinnützig anerkannt und dadurch von der Erbschafts- und der Schenkungssteuer befreit.



SPENDENKONTO MEDICO INTERNATIONAL DE69 4306 0967 1018 8350 02

MIT MEDICO IN KONTAKT

Umzug, Bankänderung oder eine neue E-Mail-Adresse? Online eintragen und mit medico in Kontakt bleiben:

medico.de/spendenservice

FRAGEN & ANREGUNGEN:

Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke

Zentrale und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, info@medico.de

SPENDEN & KOMMUNIKATION:

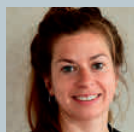


Gudrun Kortas

Beratung zu Zustiftungen und Testamentsspenden

Tel.: [069] 944 38-28

kortas@medico.de



Janne Reuver

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-64

reuver@medico.de



Johannes Richter

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-71

richter@medico.de



Dr. Anke Böttcher

Spendenverwaltung und Geldauflagen

Tel.: [069] 944 38-42

spendenverwaltung@medico.de

BESTELLEN & VERBREITEN

rundschreiben



Jahresbericht

Infolyer

und vieles mehr...

Bestellen Sie kostenlos das medico-rundschreiben sowie aktuelle Broschüren, Plakate und Flyer – gerne auch in größerer Stückzahl zum Auslegen und Verteilen.

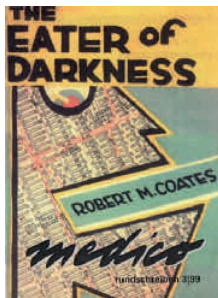
Auf unserer Webseite finden Sie alles zum Bestellen oder Herunterladen:

medico.de/material



DIE ZEIT DER BITTEN IST VORBEI

Blick zurück: das rundschreiben 3/1999



Über Erinnerungspolitik und den Umgang mit historischem Unrecht wird aktuell heftig gestritten. Wie sich der Geschichte stellen, wie wiedergutmachen – 10, 100, 500 Jahre später? Dass diese Auseinandersetzungen nicht neu sind, zeigt das rundschreiben 3/1999. Es setzt sich mit dem Ge- und Misslingen der Wahrheits- und Versöhnungskommissionen der 1990er-Jahre auseinander, in Südafrika, Chile oder Guatemala. Und es blickt auf die damals anhebende Verzeiht-uns-Politik westlicher Regierungen: 1999 baten die kanadischen und australischen Staatschefs um Entschuldigung für die Unterdrückung ihrer autochthonen Bevölkerungen; Bill Clinton tat es für US-Menschenrechtsverletzungen in Guatemala; Tony Blair für koloniale Verbrechen des Empire. Zeitgleich beschloss der Bundestag den Bau des Holocaust-Denkmal. medico diagnostizierte das Bemühen, sich vom Ballast der eigenen Geschichte zu befreien, um „ethisch gesäubert“ Führungsanspruch in einer globalisierten Welt durchsetzen zu können. Symbolische Inszenierung und staatlich lizenzierte Erinnerung ist jedoch das eine, Wiedergutmachung, auch materielle, allerdings etwas ganz anderes.

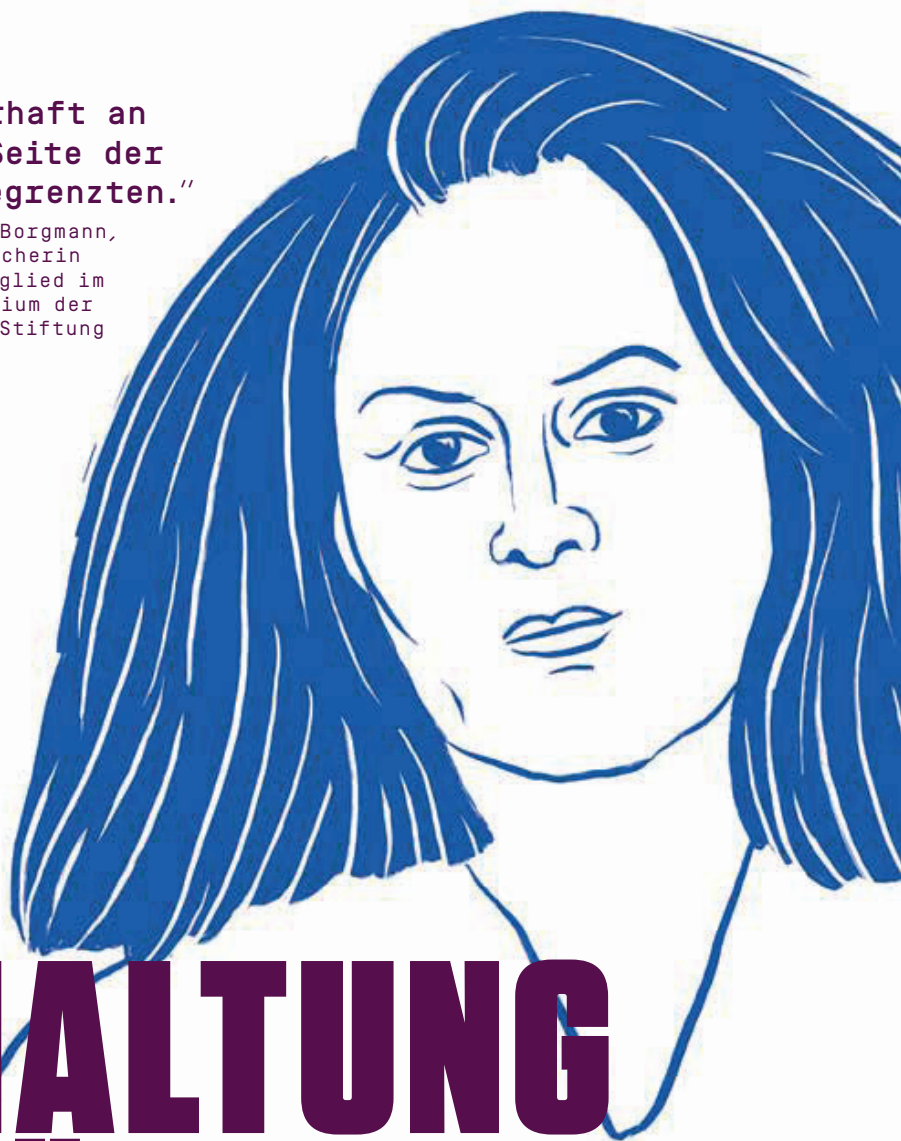
In diese offene Wunde schlug ein anderer Strang der Vergangenheitsbewältigung im Jahr 1999: Die „African World Reparations and Repatriation Truth Commission“ forderte von den Industriestaaten 777 Billionen (!) Dollar Entschädigung für die Verbrechen der Sklaverei – und im ersten Schritt die umfassende Entschuldigung aller afrikanischen Länder. medico verklagte derweil, gemeinsam mit südafrikanischen Partnerorganisationen, deutsche Banken für ihre Geschäfte mit dem Apartheidsregime. Und die Hereros aus Namibia reichten in Den Haag Klage gegen die Bundesregierung auf Schadenersatz wegen des kolonialen Genozids ein: „Die Zeit der Bitten ist vorbei“. Das rundschreiben kommentierte so: „Noch die unsinnigste dieser Forderungen trägt weit mehr Menschlichkeit und Zukunft in sich als alle bisherigen Entwicklungsmaßnahmen. Weil sie auf materieller Einlösung der verlogenen Versöhnungssprüche besteht und zugleich eine Forderung nach umfassender globaler Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit an die Wand des 3. Jahrtausends schlägt.“ Nun, eben dieses hat immer noch gerade erst begonnen.



Das rundschreiben erscheint seit 1982. Die vergangenen 25 Jahre lassen sich digital nachlesen: medico.de/rundschreiben-archiv

„Dauerhaft an
der Seite der
Ausgegrenzten.“

Monika Borgmann,
Filmemacherin
und Mitglied im
Kuratorium der
medico-Stiftung



HALTUNG ZÄHLT.

JETZT STIFTER:IN WERDEN!

20 Jahre



stiftung

medico international

„Eine ganze Reihe Deutscher, die besonders nachdrücklich auf der deutschen Schuld im Allgemeinen und ihrer eigenen Schuld im Besonderen besteht, gerät in eigenartige Verwirrung, wenn sie ihre eigene Meinung artikulieren muss; diese Personen machen aus irgendeiner Mücke gleich einen Elefanten, während etwas wirklich Ungeheuerliches ihrer Aufmerksamkeit völlig entgeht.“

Hannah Arendt

IN VERBINDUNG BLEIBEN!

Das medico-rundschreiben erscheint viermal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. Im Blog mischen wir uns in Debatten ein. Unser Newsletter hält Sie auf dem Laufenden, über unseren Telegram-Kanal bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „Global Trouble“ heißt unser Podcast und in den sozialen Medien finden Sie uns auf der Plattform Ihrer Wahl.

medico.de/verbinden

